KP Polens: Das Volk hasst die SU-Besatzer S. 10

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 39 vom 27. September 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Stahltarifrunde

8% - Forderung des IGM-Apparates, nicht der Stahlarbeiter

8% und 600 DM Urlaubsgeld, das ist die Forderung, die die große Tarifkommission am 15. 9. aufgestellt hat. Diese Forderung ist eine unverschämte Provokation, ein hinterhältiger Betrug gegen alle Stahlarbeiter. Die Kollegen in den Betrieben sind empört. „Das ist zu wenig, da bleiben so und so nur 4-6% von über", sagen viele.

Als die Forderung bekannt wurde, veranstaltete die Regierung gleich ein großes Gezeter. Friedrichs sagte: „Sie ist nicht mit einem notwendigen Aufschwung in Einklang zu bringen." Die Stahlkapitalisten jammerten: „Acht Prozent sind nicht zu verkraften." Vetter besaß sogar noch die Unverfrorenheit, diese Forderung als sehr hoch zu bezeichnen.

Dieses Gerede soll darüber hinwegtäuschen, daß hier die Stahlkapitalisten, Regierung und Gewerkschaftsapparat einen brutalen Lohnraub durchsetzen wollen, den sie schon lange vorbereitet haben. So appellierte die Regierung ständig, die Gewerkschaften und die Kollegen müßten die wirtschaftliche und finanzpolitische Situation berücksichtigen, damit es wieder zu einem Aufschwung komme. Die Stahlkapitalisten behaupteten sogar „ . . . bei der derzeitigen Sachlage treibe jedes Prozent mehr Lohn die Stahlindustrie tiefer in die roten Zahlen."

Die Kollegen sollen also denken, sie seien mitverantwortlich für die Krise des Kapitalismus und müßten im Interesse des „Gesamtwohls" auf Lohnerhöhungen verzichten, damit die Krise schnell überwunden werde. Die Gewerkschaftsbonzen stimmen natürlich ein, sie bekräftigen „ . . . daß von den Tarifkommissionen die wirtschaftliche und finanzpolitische Situation berücksichtigt werden soll."

Andererseits geben sich diese Bonzen „radikal", um die Arbeiter zu täuschen: „Nein zur Lohnpause", „Zumindest Sicherung des Realeinkommens für die Arbeiter", forderten sie. Aber die 8%-Forderung, von der noch einige Prozente zu streichen sind, sichern nicht einmal den jetzigen Lohn, sondern verstärken die Ausplünderung der Stahlarbeiter noch mehr. 94% aller Arbeiterinnen und 52% aller Arbeiter verdienen weniger als 1000 DM netto, und davon muß man noch die „Sparmaßnahmen", Teuerungen usw. der letzten Zeit abziehen. Eine Familie ist von diesem Geld nicht richtig zu ernähren. Auch von den 600 DM, die die Stahlarbeiter als Urlaubsgeld dazubekommen sollen, haben sie nicht mehr, denn sie sind schon im letzten Jahr ausgehandelt worden und sollen jetzt nur tariflich abgesichert werden. Für die Stahlarbeiter bedeutet das also, keinen Pfennig mehr, sondern Lohnraub!

Der Gewerkschaftsapparat arbeitet mit allen Wassern gewaschen gegen die Arbeiterklasse! Heißt es also in diesem Jahr „Maßhalten um den Aufschwung nicht zu gefährden", so hieß es bei der letzten Stahltarifrunde, als der 9% Lohnraubabschluß durchgesetzt wurde, während die Kollegen 18% forderten: „Lohnverzicht, um die Stabilität wiederzugewinnen." Die Kollegen sollten einen Beitrag zur Stabilität leisten und ihre „Gruppeninteressen" bekämpfen, damit eine Verschärfung der Krise verhindert wird. Das Ergebnis: Für die Kollegen Lohnraub und heute über eine Million Arbeitslose auf der Straße.

Bei den Tarifverhandlungen 1973/74, als der 11%-Abschluß durchgesetzt wurde, während die

Fortsetzung auf Seite 4

Rettet ihr Leben!



Die zum Tode verurteilten Genossen der FRAP. Ihre Gesichter zeigen die Spuren der Folterungen.

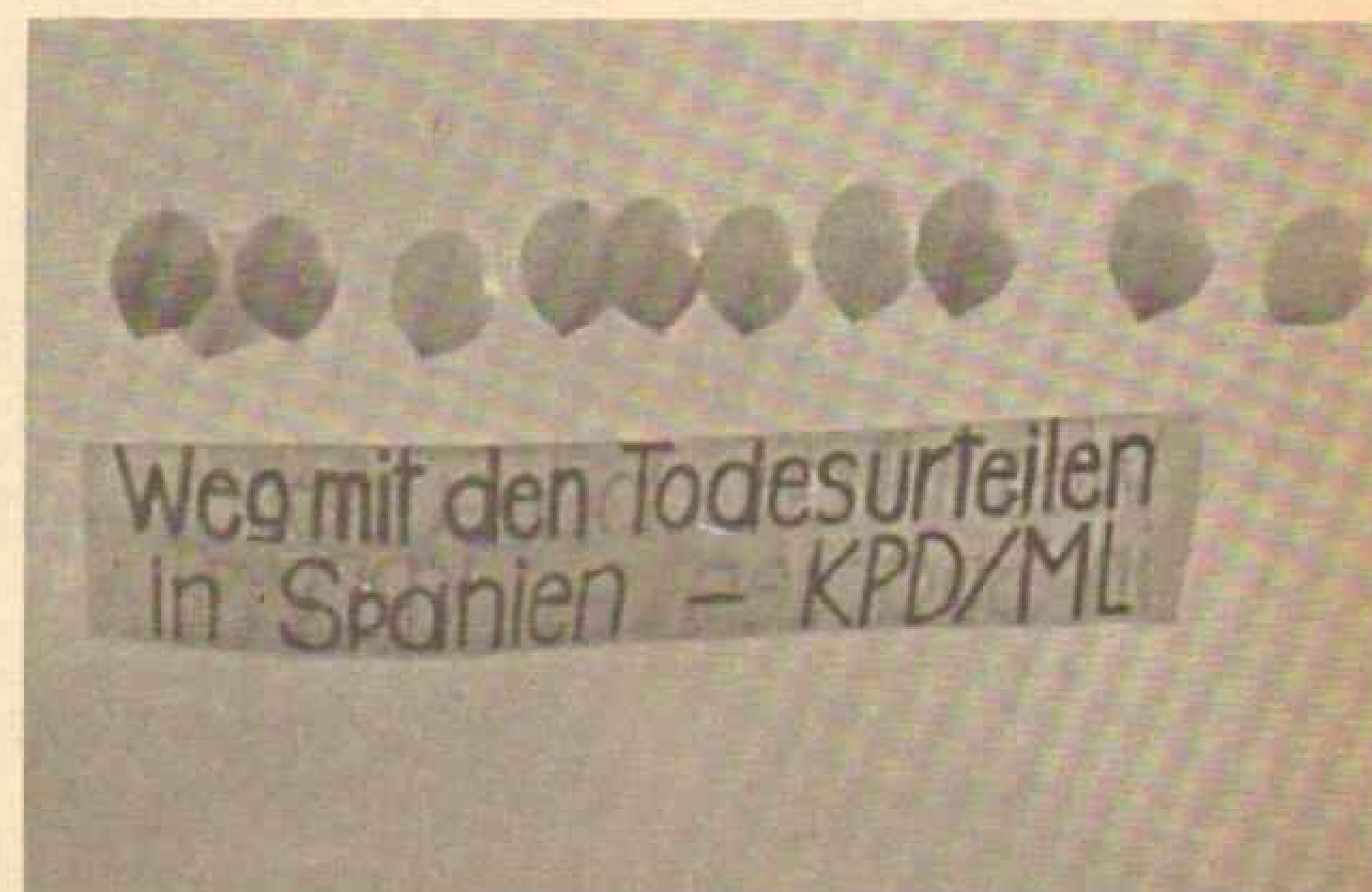
Neue Mordurteile in Spanien

Rettet das Leben der Antifaschisten!

Francos Mordjustiz hat neue Terrorurteile gefällt. Die Genossen Manuel Ganaveras de Garcia, Ramon Garcia Sanz, Jose Luis Sanchez Bravo Sollas, die Genossinnen Concepcion Tristan Lopez und Maria Jesus Dasca Panela, die beide schwanger sind, sind zum qualvollen Tod durch die Garotte verurteilt worden. Alle sind Angehörige der Revolutionären, Antifaschistischen und Patriotischen Front – FRAP Ebenfalls zum Tode verurteilt ist der baskische Revolutionär Juan Paredes Manot „Txiki".

Die Urteile wurden von Militärgerichten in Schnellverfahren gefällt. Eine Berufung oder Revision ist nicht möglich. Die Verteidiger wurden ausgeschlossen und ebenfalls durch Militärs ersetzt. Beweise für die Anklage – Tötung von Polizisten – gibt es keine, nur unter der Folter erpreßte Aussagen, die die Genossen im Gerichtssaal zerfetzten. Elf Genossen, Revolutionäre, Kämpfer für die Freiheit der Völker

Fortsetzung auf Seite 2



Westberliner Genossen lassen an Ballons ein Transparent steigen.

NATO-Manöver in der Bundesrepublik

Zeichen wachsender Kriegsgefahr

In diesen Wochen ist das ganze Territorium der Bundesrepublik „Kriegsschauplatz" Übungsfeld der größten NATO-Manöver nach dem Ende des 2. Weltkrieges. Das Riesenaufgebot an amerikanischen, deutschen und anderen Soldaten, die Tausende von Panzern Hubschraubern, Flugzeugen und Schiffen, die überall von der Ostsee bis nach Bayern in Aktion gesetzt worden sind, sollen die Schlagkraft der aggressiven NATO-Militärmaschine erproben, die unter der Leitung der amerikanischen Imperialisten steht

Fortsetzung auf Seite 7

Rote Garde - Delegation in Albanien eingetroffen

Tirana, 6. September (ata) – Auf Einladung des Zentralkomitees des Verbandes der Werktätigen Jugend Albaniens traf heute eine Delegation der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten in Albanien zu einem Freundschaftsbesuch ein.

Die Delegation wurde am Flughafen vom Sekretär des Verbandes der Werktätigen Jugend Albaniens Asim Bedalli und dem Vorsitzenden der Auslandsabteilung des Verbandes der Werktätigen Jugend Albaniens Bashkim Zeneli willkommen geheißen.

AUS DEM INHALT

Soares in der DBR – Ein Feind des portugiesischen Volkes 2
Faschistischer Terroranschlag im Hamburger Hauptbahnhof 2
Planerfüllung in der DDR: Es ist die Angst, die ich habe 3
Das „Schtschekinosystem": US-„Taylorsystem" in der Sowjetunion . 3
Vertrauensleutewahl Hamburger Hafen 4
DGB-Apparat – Mit Arbeitergeldern riesigen Trust aufgebaut 5
DGB-Demonstration gegen Arbeitslosigkeit 5
25 Jahre Verfassungsschutz 6
US-Söldner ermorden deutschen Jugendlichen 6
Bundesgerichtshofurteil: Spitzel gesetzlich geschützt 6
Mordversuch an Bochumer Angestellten 7
Prozeß gegen 4 türkische Patrioten in Köln 8
Günter Routhier Prozeß gegen Genossen Hanfried Brenner 8
Unter linken Parolen – Verharmlosung des russischen Sozialimperialismus 9
Namibia: Mit dem Gewehr wird der Sieg errungen 11

Hamburg

Faschistischer Terroranschlag

Am 13. 9. 75 explodierte im Hamburger Hauptbahnhof gegen 16.30 Uhr eine Bombe, die in einem Schließfach deponiert worden war. 12 Menschen wurden dabei verletzt. Diese Menschen wurden das Opfer eines faschistischen Terroranschlages, wie schon zuvor die Verletzten bei dem Bombenanschlag auf dem Bremer Hauptbahnhof. Die Handschrift des Terroranschlages in Bremen und in Hamburg ist dieselbe.

In einem Flugblatt der Partei in Hamburg, das sofort nach dem Terroranschlag verteilt wurde, heißt es: **,Die KPD/ML verurteilt diesen Anschlag! Einzig und allein die Bourgeoisie, ihr Staats- und Terrorapparat, ihre objektiven und subjektiven Agenten können hoffen, aus diesem Anschlag politisches Kapital zu schlagen.'**

Wie schon bei dem Terroranschlag in Bremen versuchte auch hier die Polizei gemeinsam mit der Presse sofort, den Anschlag der RAF in die Schuhe zu schieben, nutzte sie ihn aus, um die revolutionäre Gewalt bei den Massen zu verteufeln.

Obwohl die Polizei zugeben mußte, daß sie noch keinerlei Hinweis auf den wirklichen Täter hat, steht sein Name schon in allen Zeitungen: Andreas Vogel, angeblich Mitglied und Chef der RAF. Als „Beweis" dafür gilt der Anruf eines Mannes kurz vor dem Anschlag, der den Anschlag als Racheakt der RAF für die Verhaftung von Ralf Reinders ausgab. Daß dies eine bewußt gestreute Falschmeldung ist, beweist eine Meldung der Morgenpost, nach der derselbe Mann bereits einen Tag vorher wahllos Hamburger Bürger wie die Anzeigenvermittlerin I. Künßel bedrohte und den Anschlag vom Samstag schon ankündigte.

Die Tatsache, daß dieser faschistische Terrorakt diesmal in Hamburg verübt wurde, ist kein Zufall. In Hamburg findet momentan ein Prozeß gegen Irmgard Möller und Gerhard Müller statt. Beide sind angeklagt wegen der revolutionären Terroranschläge auf die Nato-Quartiere in Heidelberg und Frankfurt. Während Irmgard Möller diese Anschläge, die Verantwortliche am Völkermord in Indochina treffen sollten, verteidigt, hat Gerhard Müller, der inzwischen versucht hat, bei der SPD Unterschlupf zu finden, als erstes erklärt, daß er „eingesehen" habe, daß die RAF das Volk bekämpfe. **Erst die Propagandalüge eines Denunzianten und dann ein faschistischer Terrorakt, so greift ein Rad ins andere.**

Die Bourgeoisie versucht auf diese Weise, ihren zunehmenden Terror gegen Kommunisten und Revolutionäre zu rechtfertigen – so tauchte in Hamburg in den Tagen nach dem Terroranschlag in verschiedenen Wohnungen Polizei auf, behauptete, es bestehe der Verdacht auf einen Zusammenhang mit dem Anschlag und stellte Fragen über politische Ansichten und Aktivitäten der jeweiligen Personen.

Aber diese faschistischen Terrorakte, zu denen die Bourgeoisie inzwischen schon mehrfach gegriffen hat, zeigen gleichzeitig, daß sie immer weniger auf ihre „Argumente" gegen die Kommunisten, gegen die Befürwortung der revolutionären Gewalt vertraut. Denn die immer schlechter werdende Lebenslage der Massen, die Tatsache, daß sie immer häufiger am eigenen Leib den brutalen Terror der Polizei erleben und die Unterdrückung des gesamten kapitalistischen Staatsapparates, führt immer häufiger zu militanten Kämpfen, zeigt jeden Tag neuen Menschen, daß die KPD/ML recht hat, wenn sie sagt, daß man diesen Staat in der gewaltsamen Revolution zerschlagen muß, um die Freiheit für die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk zu erkämpfen.

Erklärung der RAF

Nach der Bombenexplosion im Hauptbahnhof veröffentlichte die RAF eine Erklärung, in der es unter anderem heißt: „Die Bombenexplosion im Hamburger Hauptbahnhof war ein Terrorakt der westdeutschen Polizeiorgane! Sie sind dazu übergegangen, die Bevölkerung blutig zu terrorisieren, um die Guerilla zu treffen ... Die revolutionäre Gewalt der Guerilla richtet sich niemals gegen das Volk, sondern ausschließlich gegen Institutionen und Funktionsträger des Imperialismus! ..."

Es heißt in diesem Zusammenhang, daß die RAF bei ihren Aktionen auch Fehler gemacht hat. „So im Mai 72 bei der Aktion gegen die Springer Konzernzentrale in Hamburg, bei der 13 Arbeiter verletzt wurden. Der Fehler war anzunehmen, daß das Schwein Springer sich ein einziges Mal nicht als Schwein erweisen würde und er das Haus nach rechtzeitiger Warnung räumen lassen würde ..."

Soares in Frankfurt

Ein Feind des portugiesischen Volkes

Vor kurzem hat der Führer der portugiesischen „sozialistischen" Partei, Mario Soares, der Bundesrepublik einen Besuch abgestattet. Allein die Tatsache, daß er dabei nicht nur vom SPD-Vorsitzenden Brandt und dem gesamten SPD-Parteivorstand empfangen worden ist, sondern auch von Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher, zeigt, welche Bedeutung die westdeutschen Imperialisten der Entwicklung in Portugal beimessen.

Bei seinem Besuch in der Bundesrepublik zeigte sich Soares erneut als eifriger Diener der amerikanischen und westeuropäischen Imperialisten, bereit, für DM und Dollar bis zuletzt für ein kapitalistisches Portugal zu kämpfen, daß sich den Imperialisten an den Hals wirft. Auf der mit großem Pomp in Frankfurt aufgezogenen Kundgebung erklärte er, daß Portugal in Armut versinken werden, wenn es nicht die Hilfe des Auslandes, vor allem Westeuropas und der USA, erhalte. Diese Einladung an die amerikanischen und westeuropäischen Imperialisten ist direkt gegen den Kampf des portugiesischen Volkes um nationale Unabhängigkeit gerichtet, die es nur erringen kann, wenn es die Revolution entschlossen weiterführt, die beiden Supermächte und alle Imperialisten und ihre Lakaien aus Portugal vertreibt und im Vertrauen auf die eigene Kraft das Land aufbaut. Im Übrigen ist noch während des Besuchs von Soares durch den Sprecher der Bundesregierung gesagt worden, daß die Hilfe, ein Kredit von 70 Millionen DM, nur gegeben wird, wenn die Bedingungen der westdeutschen Imperialisten erfüllt werden. Und diese Bedingungen lauten: **Garantiert uns die Erhaltung des Kapitalismus in Portugal unter unserer „Schirmherrschaft".**

Manche meinen, Soares und seine Partei seien fortschrittlich, weil sie gegen den Sozialimperialismus kämpfen. Aber sie vergessen dabei, daß sie das nur tun, um den Einfluß der amerikanischen und westeuropäischen Imperialisten zu sichern und zu erweitern. Die inzwischen erfolgte Bildung der 6. provisorischen Regierung, in der die Sozialisten eine starke Stellung einnehmen, zeigt aber auch, daß sie bereit sind, die Wühlarbeit und Beteiligung der 5. Kolonne der russischen Sozialimperialisten in Portugal, der Cunhal-Partei, an der Regierung zu dulden.

Schon jetzt ist klar, daß die Bildung dieser Regierung nur der Auftakt zu neuen Schwierigkeiten, zu neuer Unruhe in Portugal sein wird, deren Wesen im Kampf der beiden Supermächte um Macht und Einfluß in diesem strategisch wichtigen Land besteht, als Ausdruck des Ringens um die Weltherrschaft. **Vor allem die russischen Sozialimperialisten bemühen sich um jeden Preis, auf jede Weise, Portugal in ihren Einflußbereich zu ziehen.**

In einem Kommentar der Nachrichtenagentur „Neues China" heißt es dazu u. a.: *„Die Sowjetunion kurbelt ihre Einmischung in Portugal weiter an und versucht so eine Bresche in die Südwestflanke der europäischen Verteidigungslinie der NATO zu schlagen und intensiviert ihren Kampf mit den USA in Europa. Die Vereinigten Staaten weichen aber keinen Zoll und die beiden Supermächte sind in einen heftigen Kampf verstrickt. In dem Masse wie die sowjetisch-amerikanische Rivalität in Portugal schärfer wird, werden es auch ihre gegenseitigen Angriffe, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. Die sowjetischen Revisionisten kurbeln ihre Propagandamaschine, die Tass, „Prawda", „Iswestija" usw. an und klagen die USA und die NATO fortwährend an, sich in Portugal einzumischen. Was die USA angeht, so haben der Präsident, der Vizepräsident und der Außenminister einer nach dem anderen die Sowjetunion offen angegriffen, ihre Nase in die Angelegenheiten Portugals zu stecken. Zwischen beiden gibt es ein erbittertes Ringen. Die „Prawda" hat am 19. August in einem Kommentar die ,internationalen Reaktionäre' angeprangert, ,sich in die inneren Angelegenheiten Portugals einzumischen, um die Entwicklung der politischen Angelegenheiten in eine ihnen günstige Richtung zu lenken.' Sie schrieb auch, ,daß die Führer der militärischen und politischen Organe des NATO-Blocks offensichtlich Portugal mit Schmutz bewerfen.' Einige Stunden später sagte US-Präsident Ford, daß die Vereinigten Staaten die sowjetischen Aktivitäten, die sich in Portugal entwickelten, aufmerksam beobachten. Er warnte die Sowjetunion auch, die „Entspannung" auszunutzen, um „im Trüben zu fischen". In einem Artikel vom 27. August klagt die „Prawda" erneut „gewisse kapitalistische Kreise im Westen" an, zu versuchen, dem portugiesischen Volk eine politische Wahl aufzuzwingen, die den Feinden der Entwicklung des revolutionären Prozesses in Portugal nützt." Am selben Tag widerlegt der US-Vizepräsident N. Rockefeller diese Behauptung und sagte, er glaube, daß die sowjetischen Beschuldigungen „ein Rauchvorhang für das sind, was sie dort tun". Er stellte auch offen fest, daß „es die Sowjetunion ist, die hereinkommt und sich einmischt." ... Die Sowjetunion hat eine große Botschaft in Lissabon. Die sowjetischen als Diplomaten verkleideten Spione, die aus Britannien hinausgeworfen worden sind, sind jetzt in Portugal aktiv. Um seine Ambitionen durchzusetzen, benützt Moskau moskautreue Elemente. Es hat ihnen große Geldsummen gegeben und sogar durch verschiedene Kanäle Waffen. Dadurch, daß die Sowjetunion im Trüben fischt, ist die Unordnung in Portugal noch größer geworden."*

Kurz berichtet

SCHÜLLDORF

Anläßlich der NOR LA (Norddeutsche Landmaschinenausstellung) trugen die Genossen aus Schleswig Holstein breit die Linie der Partei unter die werktätigen Bauern. Das ist eine gute Gelegenheit dazu, denn zu dieser Ausstellung kamen auch in diesem Jahr wieder weit über 150000 Bauern. Die Partei machte vor den Toren des Ausstellungsgeländes Propaganda und verteilte jeden Tag eine Extraausgabe der Landzeitung „Dat rode Land."

Die Bourgeoisie versuchte natürlich, unsere Propaganda zu unterbinden, sie verbot einen Agit-Prop-Stand und ging gegen unsere Stellschilder vor.

Als Höhepunkt fand eine Veranstaltung statt, auf der der Vorsitzende unserer Partei, Genosse Ernst Aust, sprach. Die Veranstaltung war gut vorbereitet: An den Brücken rund um Rendsburg wurden große Parolen gemalt: **Arbeiter und Bauern – eine Kampffront! Bauern, unser Feind ist der Kapitalismus! Das Land dem, der es bebaut! Bauern, unsere Zukunft ist der Sozialismus!**

Überall in den Dörfern ringsum klebten handgemalte Plakate. Zur Veranstaltung in Schülldorf kamen etwa 250 Genossen und Freunde, darunter zahlreiche Jungbauern, Bauerntöchter und -söhne. Der AP-Trupp Kiel sang alte Kampflieder der Bauern.

Genosse Ernst Aust zeigte anhand vieler Fakten die Folgen der Krise für die Landbevölkerung auf, die zunehmende Verschuldung und das größte Bauernlegen der Geschichte. Er betonte dann, daß die Bauern sich mit der Arbeiterklasse verbünden müssen, und daß wir den Machenschaften der Bourgeoisie entgegentreten müssen, die versucht Arbeiter und Bauern gegeneinander aufzuhetzen. Ernst Aust erinnerte an die revolutionären Traditionen der deutschen Bauern, so an die Ideale der Dithmarschen Bauernrepublik, und sagte: „Wir müssen eine revolutionäre Landvolkbewegung aufbauen." Diese Aufgabe wollen die Genossen aus Schleswig Holstein schon in diesem Winter in Angriff nehmen!

Anschließend sprach ein Genosse der ROTEN GARDE, selbst ein Bauernsohn. Er führte unter anderem aus, daß in der Satzung der Landjugend praktisch ein Unvereinbarkeitsbeschluß aufgenommen ist, um die Kommunisten aus dieser Organisation auszuschließen. Das ist eine Reaktion der Bourgeoisie auf die zunehmende Bewegung gegen Ausbeutung und Unterdrückung unter den Jugendlichen auf dem Land.

Es wurden noch Grußadressen der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS und des KJVD verlesen. Der Kieler AP-Trupp beendete die Veranstaltung mit einem Stück gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte.

Zwei Spitzel der Kripo wurden bei ihrer „Arbeit" vor der Gaststätte überrascht und mußten anschließend ins Krankenhaus gebracht werden.

ROTE GARDE Eriskirch gegründet!

Nach dem diesjährigen Roten Antikriegstag haben 6 Genossen aus Eriskirch am Bodensee beschlossen, die ROTE GARDE zu gründen. Sie waren von der Demonstration und dem Kongreß so begeistert, daß sie schon auf der Heimfahrt den Entschluß gefaßt haben. Seit dem 3. 9. gibt es jetzt die ROTE GARDE auch in diesem kleinen Ort im äußersten Süden der Bundesrepublik. Vorwärts mit der ROTEN GARDE!

Rettet das Leben der Antifaschisten!

Fortsetzung von Seite 1

Spaniens will das faschistische Franco-Regime ermorden und ein Ende der Prozeßwelle und geplanten Todesurteile ist noch nicht abzusehen. Allein im letzten Monat verhafteten die Schergen Francos weitere 76 revolutionäre Kämpfer.

RETTET DAS LEBEN DER SPANISCHEN KOMMUNISTEN UND ANTIFASCHISTEN

In ganz Europa haben Revolutionäre, Antiimperialisten und fortschrittlich gesinnte Menschen die Protestaktionen gegen das Franco-Regime und die Terrorurteile verstärkt. In Rom wird die spanische Botschaft und das italienische Außenministerium besetzt, die Niederlassung des Reisebüros „Iberia" fliegt in die Luft. In Paris folgen 3000 Menschen einem Aufruf der FRAP, der KPF/ML, der Zeitung „L'Humanite Rouge" und verschiedenen revolutionären Organisationen zu einer Protestdemonstration. Am 20. September wollen die empörten Menschen das Reisebüro Iberia stürmen. Es kommt zu Zusammenstößen mit der Polizei, die Demonstranten bauen Barrikaden.

In Westberlin, Düsseldorf und München werden spanische Fremdenverkehrsämter zerstört, ebenso der spanische Stand auf der Automobilausstellung in Frankfurt. Am 20. 9. finden in mehreren Städten Demonstrationen statt, zu denen die FRAP, die KPD/ML und andere revolutionäre Organisationen aufrufen. **In Düsseldorf ziehen ungefähr 1000 Menschen zum spanischen Generalkonsulat, das von der Polizei schwer bewacht wird. In Bremen demonstrieren 500 Menschen unter den Parolen „Tod dem Franco-Faschismus!" und „Rettet das Leben der spanischen Kommunisten und Antifaschisten!"** Die Fahnen der FRAP, der KPSp/ML und der KPD/ML werden in der Demonstration mitgetragen. Während der Demonstration werden vier Kundgebungen durchgeführt. In Heidelberg formiert sich eine spontane Demonstration von 200 Menschen gegen die Todesurteile. In verschiedenen Städten, wie z. B. Bochum, Friedrichshafen, Mannheim und Ludwigshafen halten die Partei, die ROTE GARDE und die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS Kundgebungen ab.

Unter der Führung der Kommunistischen Partei Spaniens/ML und zusammengeschlossen in der FRAP werden die spanischen Revolutionäre dem Terror des Regimes trotzen, den bewaffneten Kampf verstärken und das Volk mobilisieren und organisieren für den Sieg der Revolution, für den Sturz des Franco-Regimes und die Verjagung seines Oberherrn, des US-Imperialismus und aller Feinde, die ihm im Nacken sitzen.

ES LEBE DER KAMPF DER SPANISCHEN VÖLKER FÜR DIE FÖDERATIVE VOLKSREPUBLIK!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund, Erscheinungsweise wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,– DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

Planerfüllung in der DDR

"Es ist die Angst, die ich habe"

Am 11. 9. 75 brachte das DDR-Fernsehen eine Wirtschaftssendung. Der Beitrag befaßte sich mit den Beschädigungen der Güterwaggons bei der Reichsbahn, die durch Beladen und Entladen von Waren entstehen. Die durchschnittliche Beschädigungsrate liegt bei Stahlwerken, in denen die Waggons beladen werden, nach den Angaben des Fernsehens bei 4%.

Diese Fernsehsendung sollte dazu dienen, die Arbeiter in der DDR zu ermahnen, mit den Waggons sorgfältiger umzugehen und so für den Staat in der DDR Geld einzusparen. Als beispielhaft wurde dafür ein Stahlwerk bei Brandenburg hervorgehoben, das Schrott, der in den Güterwaggons angeliefert wird, einschmilzt und zu neuem Stahl verarbeitet. Die Beschädigungsrate in diesem Stahlwerk lag nur bei 0,3 %. Als erstes wurde eine Kranfahrerin interviewt, die mit einer Spinne den Schrott aus den Güterwaggons holte. Sie hatte eine Beschädigungsrate von 0% erreicht.

Wie hatte sie das geschafft? Ihre Antwort war: **„Es ist die Angst, die ich habe, dadurch schaffe ich es."** „Welche Angst", fragte der Reporter. Sie sagte: „1. vor meinem finanziellen Verlust, den ich bei jeder Beschädigung habe und 2. vor dem Ausfall von Güterwaggons, wodurch wir alle dann unseren Plan nicht schaffen, was wiederum zu finanziellen Verlusten führt."

Der Fernsehkommentator tat so, als habe die Kranführerin hier nicht die Angst um ihren Lohn, die Angst vor finanziellen Abzügen durch die Betriebsleitung gemeint, sondern die Sorge um das Wohl der gesamten Wirtschaft der DDR, die Sorge um die Erfüllung des Plans.

Aber die Antwort der Kranführerin war kein Ausrutscher. Daß sie aus Angst ihren Plan besonders gut erfüllt, liegt auch nicht daran, daß sie etwa das Prinzip des materiellen Anreizes in der DDR falsch verstanden hat. Der Betriebsleiter des betreffenden Betriebes sagte das klipp und klar. **Er antwortete auf eine entsprechende Frage, daß die Leistung im Betrieb nicht immer so gut gewesen sei, daß sie auch einmal eine Beschädigungsrate von 4% gehabt hätten. Dann aber wurde das System des materiellen Anreizes weiter ausgebaut, und für jede Beschädigung ein Lohnanteil abgezogen. Dadurch wurde die niedrige Beschädigungsrate erreicht.** Eine weitere Frage an ihn war, was nun passiert, wenn Waggons schon beschädigt in den Betrieb kommen. Er antwortete: „Wenn die Kranfahrer es merken, dann informieren sie die Reichsbahn. Die Entladung wird gestoppt und der Schaden aufgenommen. Dann entsteht natürlich kein Lohnabzug. Wenn der Kranfahrer es aber nicht merkt, sondern erst, wenn der Waggon entladen ist, und man nicht mehr feststellen kann, woher der Schaden rührt, ob er vorher da war oder vom Entladen kommt, dann wird er natürlich zur Kasse gebeten."

Die Äußerungen des Betriebsleiters zeigen deutlich, daß das Prinzip des materiellen Anreizes kein sozialistisches Prinzip ist. Hier geht es nicht darum, die Arbeiter zu ermuntern, sich aus allen Kräften für den Aufbau des Sozialismus einzusetzen. **Das Prinzip des materiellen Anreizes in der DDR ist ein kapitalistisches System, das die Arbeiter mit der Angst um ihren Lohn antreibt und untereinander spalten soll.** Ein sozialistisches Land wie China oder Albanien hat ein solches System nicht nötig, um beispielsweise die Beschädigungsrate an Maschinen usw. zu senken. Denn hier hat die Arbeiterklasse ein Interesse daran, die Maschinen so lange wie möglich zu erhalten. Denn es sind ihre Maschinen. Nötig hat ein solches Antreibersystem ein kapitalistischer Staat, in dem die Maschinen und die Fabriken nicht der Arbeiterklasse gehören, sondern der Bourgeoisie, in dem diese Maschinen deshalb auch nicht für das Wohl des Volkes da sind, sondern für den Profit der Bourgeoisie.

Das "Schtschekino-System"

US "Taylorsystem" in der Sowjetunion

In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts und Anfang des 20. Jahrhunderts setzten die amerikanischen Kapitalisten in großem Umfang das „Taylorsystem" ein – eine Methode der Auspressung der Arbeiter bis auf den letzten Blutstropfen.



Frauen bei der Akkordarbeit. Nach „wissenschaftlichen" Antreibermethoden werden die Frauen ausgebeutet.

Dieses System trägt den Namen seines Erfinders, des amerikanischen Ingenieurs Frederick Winslow Taylor. Mit diesem System, so behauptete Taylor, könne das Maximum aus einem Arbeitstag herausgeholt werden, um „dem Unternehmer den höchsten Profit" zu gewährleisten. Das Wesentliche an der Methode besteht darin, die stärksten und geschicktesten Arbeiter auszuwählen und sie zu außerordentlich intensiver Arbeit zu zwingen; jeder Arbeitsgang wurde dann, in die einzelnen Bewegungen, in Sekunden und in Bruchteile von Sekunden zerlegt, aufgezeichnet. Das Resultat wurde dann zur Grundlage der Arbeitsweise und der Normen gemacht, die für alle übrigen Arbeiter festgelegt wurden.

Nach der Einführung des „Taylorsystems" wurde eine große Anzahl von Arbeitern entlassen und das einzusetzende Kapital auf die Hälfte oder noch mehr reduziert. Die übriggebliebenen Arbeiter mußten viermal so intensiv wie früher arbeiten, und so **„wird dem Lohnsklaven mit verdreifachter Geschwindigkeit jedes bißchen Nerven- und Muskelenergie** (von den Kapitalisten) **ausgesogen"**. Genau deshalb entlarvte Lenin vor mehr als 50 Jahren schonungslos das Wesen des „Taylorsystems" und zog die Schlußfolgerung: **„Fortschritt von Technik und Wissenschaft bedeutet in der kapitalistischen Gesellschaft Fortschritt in der Kunst der Schweißauspressung."**

In der Sowjetunion von heute hat sich Taylors Geist wieder materialisiert. Mit dem sogenannten „Schtschekino-System", von der Renegatenclique um Breschnew in den letzten Jahren energisch gefördert, haben die Sowjetrevisionisten das „Taylorsystem" tatsächlich wieder aufgewärmt.

Das sogenannte „Schtschekino-System", auch als „Schtschekino-Erfahrung" bekannt, wurde vom Direktor des Sowjetischen Chemiekombinats Schtschekino unter der Losung „weniger Menschen, mehr Produkte", auf der Jagd nach hohen Profiten und Prämien ausgeheckt. Zwei Hauptpunkte kennzeichnen es. Erstens werden verschiedene Arbeiten so miteinander kombiniert, daß der Arbeitsbereich der Arbeiter vergrößert wird, ein Arbeiter für mehrere Arbeiten verantwortlich ist, also einer die Arbeit von zweien oder dreien tut, und die „überflüssigen Arbeiter" in großer Zahl „wegrationalisiert" werden. Der zweite Hauptpunkt ist die sogenannte „wissenschaftliche Organisation der Arbeit": Die Bewegungen der Hände eines Arbeiters werden während der Produktion gefilmt und „die Ruhzeiten der Hände" notiert, dem folgt die „Ausarbeitung eines Diagramms aller Bewegungsabläufe der Hände des Arbeiters" und dann werden die Arbeiter gezwungen, nach diesem „wissenschaftlichen" Diagramm intensiv und ohne Unterbrechung zu arbeiten. Durch dieses System der „wissenschaftlichen Organisation der Arbeit" stehen die Arbeiter unter solchem Druck, daß sie sogar nicht einmal Zeit zum Teetrinken haben. Sie sind zu „sprechenden Maschinen" geworden. Nach einem Arbeitstag sind sie völlig erschöpft, und sowohl ihre physische als auch geistige Gesundheit wird stark in Mitleidenschaft gezogen.

So wie das „Taylorsystem" den einstimmigen Beifall der europäischen und amerikanischen Kapitalisten vergangener Zeiten fand, so freut sich heute die Renegatenclique um Breschnew über das „Schtschekino-System" seit seinem Auftauchen wie über einen gehobenen Schatz. Die Presse der Sowjetrevisionisten und die Ökonomen in ihrem Sold wurden des Jubels nicht müde und inszenierten einen Propagandafeldzug ohnegleichen. Das Zentralkomitee der Sowjetrevisionisten nahm eigens dazu eine Resolution an, in der das „Schtschekino-

Fortsetzung auf Seite 5

Aus aller Welt

ISRAEL

In Zusammenhang mit ihrem Abkommen mit Ägypten haben die israelischen Zionisten mit den amerikanischen Imperialisten eine geheime Vereinbarung getroffen, nach der sie von den US-Imperialisten in großem Stil mit neuen Waffen versorgt werden und mit Dollars, um die Waffen zu kaufen. Nach diesen Vereinbarungen, die jetzt bekannt wurden, geben die amerikanischen Imperialisten den israelischen Zionisten einen Kredit in der Höhe von 3 Milliarden Dollar. Gleichzeitig liefern sie ihnen neue Kontingente von Heeresausrüstungen, darunter hauptsächlich Aggressionswaffen, wie neueste Flugzeuge der Typen Skyhawk und Phantom, sowie Boden-Boden-Raketen mit einer Reichweite bis zu 740 km. Darüber hinaus wurde sogar ein Abkommen über die Versorgung der israelischen Zionisten mit Nachschub im Fall eines neuen Krieges abgeschlossen. Die Tatsachen zeigen also, daß die israelischen Zionisten auf ihre aggressiven Absichten gegenüber den arabischen Gebieten überhaupt nicht verzichtet haben und dies auch nicht tun werden. **Während Washington sie mit Waffen versorgt, gibt ihnen Moskau die Menschen für ihre Aggressionen gegen die arabischen Völker und besonders das palästinensische Volk.** Gerade jetzt kann jeder sehen, daß die israelischen Zionisten jeden Tag ihre Provokationen und Bombenangriffe gegen den Libanon, vor allem gegen die Wohnstätten und Lager der Palästinenser von der Luft, vom Boden und vom Meer her verstärken. Mit ihren Bomben und Geschossen betreiben sie eine Politik des Völkermords und begehen unzählige Verbrechen. Sie stoßen dabei aber auf den entschlossenen Widerstand der palästinensischen Freiheitskämpfer. Als ein Geschwader israelischer Kriegsschiffe am 4. September im Raume Saida (Libanon) versuchte, Truppen zu landen, wurden sie von palästinensischen Partisanen aufgespürt, die unverzüglich das Feuer auf die Aggressoren eröffneten und sie nach dreistündigem Kampf zum Abzug zwangen.

KORSIKA

„L' Humanité Rouge" berichtet, daß am 14. September in Ajaccio auf der Insel Korsika eine große Demonstration, organisiert vom „Komitee gegen Unterdrückung', an der sich mehr als 3000 Menschen beteiligten, stattgefunden hat, um Freiheit für die von der zentralen kapitalistischen Staatsmacht ins Gefängnis geworfenen Kämpfer zu fordern. Die Demonstranten versammelten sich vor der Präfektur und riefen: **„Gebt die Gefangenen frei!"** und gegen den Polizeiminister Poniatowski gerichtet, **„Ponia, gemeiner Kerl, Korsika wird dir das Fell über die Ohren ziehen!"** Als die Polizeitruppen der CRS gegen die Demonstration vorgingen, zündeten die Demonstranten die Bank „Credit Agricole" an, ein Symbol der Ausbeutung der Bauern. Um die Polizeitruppen aufzuhalten, wurden Barrikaden errichtet und gegen halb neun Uhr abends auch an der Präfektur. Wenig später flog das staatliche Schatzamt, ein weiteres Monument der Ausbeutung und Unterdrückung in die Luft. Während der ganzen Nacht haben Hunderte von jungen Korsen die reaktionäre Gewalt der Polizei Schlag um Schlag beantwortet und so gezeigt, daß die Arbeiter und revolutionären Intellektuellen Korsikas entschlossen sind, ihren Kampf gegen die kapitalistische Unterdrückung und Ausplünderung fortzusetzen.

BELGIEN/NIEDERLANDE

Die Kommunistische Partei Belgiens/Marxisten-Leninisten und die Marxistisch-Leninistische Partei der Niederlande haben vor kurzem eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht. In dieser Erklärung kommt die vollständige Übereinstimmung beider Parteien über die Lage in der Welt zum Ausdruck. Es wird unterstrichen, daß sich die Völker und Staaten in Europa gegen die beiden Supermächte zusammenschließen und ihre Einheit mit den Ländern der 3. Welt verstärken müssen.

SÜDKOREA

Die Pak-Jung-Hi-Clique hat bekanntgegeben, daß die 16 südkoreanischen Sportler Einreisevisa in die Sowjetunion erhalten haben, um an den Weltmeisterschaften im Ringen und Gewichtheben teilnehmen zu können. Erfreut posaunte die faschistische Pak-Jung-Hi-Clique auch sofort aus, daß dies ein „ermutigendes Zeichen für die Entwicklung der Beziehungen zwischen Moskau und Seoul sei. Schon im August vergangenen Jahres haben es die russischen Sozialimperialisten Sportlern aus Südkorea erlaubt, im Moskauer Stadion die sogenannte „Nationalhymne" ihres Regimes zu singen und die „Nationalflagge' des Regimes zu hissen. Dies stellt eine Provokation gegen das koreanische Volk dar.

ISLAND

Island wird am 15. Oktober seine Hoheitsgewässer auf 200 Meilen ausdehnen, vor allem deshalb, um seine Fischgründe, einer der Eckpfeiler der isländischen Wirtschaft, vor den Raubzügen der Fischfangflotten der imperialistischen Staaten, darunter vor allem der Bundesrepublik, zu schützen. Diese Maßnahme Islands stößt deshalb auch auf den Widerstand der westdeutschen Imperialisten. In erpresserischer und provokatorischer Manier haben Schiffe der westdeutschen Fischfangflotte daher in den letzten Wochen immer wieder Zwischenfälle provoziert, sind in die 50-Meilenzone eingedrungen, haben so die isländischen Hoheitsgewässer verletzt und die isländischen Gesetze gebrochen. Mehrere Male mußten isländische Küstenschutzboote Fischfangschiffen aus der Bundesrepublik die Fangnetze kappen, als diese trotz Aufforderung die isländischen Hoheitsgewässer nicht verließen. Westdeutsche Versorgungsschiffe, die frech die Bewegung der isländischen Küstenwachtboote ausspionierten, sind in den isländischen Häfen, in denen sie Nachschub an Bord nehmen wollten, von den aufgebrachten isländischen Werktätigen boykottiert worden und mußten unverrichteter Dinge wieder abziehen. Die Maßnahmen, die Island gegen die imperialistischen Raubzüge in seinen Fischgründen trifft, sind vollständig gerechtfertigt. Sie finden bei den Völkern und Staaten vor allem der 3. Welt breite Unterstützung, die während der – unterbrochenen – UNO-Seerechtskonferenz die generelle Ausdehnung der Hoheitsgewässer auf 200 Meilen forderten. Auch die skandinavischen Länder haben die isländischen Maßnahmen inzwischen voll gebilligt.

KANADA

Unter dem ständigen Druck der kanadischen Fischer nahmen in letzter Zeit die Verwalter der kanadischen Provinzen eine Resolution an, in der sie von der Regierung fordern, Maßnahmen zum Schutz der Fischvorkommen des Landes vor dem Raub durch fremde Fischkutter zu treffen. In der Resolution wird eine strenge Kontrolle innerhalb der 200-Meilen-Zone gefordert. Meldungen der kanadischen Presse zufolge, plündern sowjetische Fischfangschiffe bereits seit langem die Fischvorkommen an den Küsten Kanadas. Dadurch entstand der Wirtschaft Kanadas sehr großer Schaden. Die kanadische Öffentlichkeit hat wiederholt von der Regierung verlangt, die entsprechenden Maßnahmen zum Schutz der Fischvorkommen zu ergreifen.

JAPAN

In Japan hat im August eine große Propagandakampagne für die Rückgabe der von den russischen Sozialimperialisten widerrechtlich besetzten vier nördlichen Inseln stattgefunden. Sieben Versammlungen und Manifestationen sind in den Städten Iwamisawa, Sapporo, Nemuro, Wakkanai und Hakodate durchgeführt worden, um gegen die Besetzung der Inseln durch die russischen Sozialimperialisten zu protestieren. In zahlreichen Dörfern wurden Diskussionsforen, Podiumsgespräche und kleinere Versammlungen abgehalten, in denen viele Menschen das Wort ergriffen und die russischen Sozialimperialisten anklagten. Dabei wurde auch Protest gegen die Mißhandlungen japanischer Fischer durch die russischen Sozialimperialisten erhoben, die gerade einen japanischen Fischkutter gekapert haben.

TÜRKEI

Anfang September haben in einigen Städten der Türkei antiamerikanische Demonstrationen von Arbeitern und Jugendlichen stattgefunden. Durch die Demonstration in Adana, in der Nähe des einzigen noch existierenden amerikanischen Militärstützpunktes in der Türkei wurde der Verkehr der amerikanischen Militärs blockiert.

NORDIRLAND

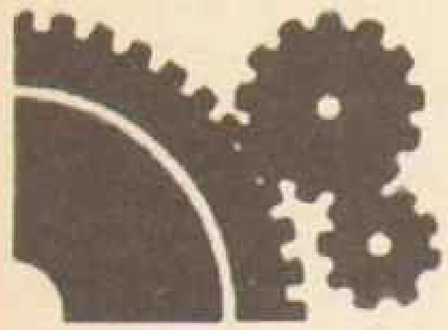
Aus Nordirland werden neue bewaffnete Aktionen der patriotischen Kräfte gegen die britischen Besatzer und die Landesverräter gemeldet. In der Provinz Armagh eröffneten die Patrioten das Feuer auf eine Streife der englischen Besatzer. In Belfast und Derry legten verschiedene Einheiten der Patrioten mehrere Bomben in militärische und Verwaltungsobjekte. Bei allen diesen Aktionen mußte der Feind nicht nur erheblichen Sachschaden hinnehmen, sondern auch Verluste an Menschen.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA UND VIETNAM!

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA/VIETNAM

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Arbeitsgerichtsprozeß über 1 Jahr verschleppt

Mittwoch letzter Woche fand meine Berufungsverhandlung gegen Opel statt. Man muß sich vorstellen, ich bin bereits vor einem Jahr und drei Monaten von Opel und dem Gewerkschaftsapparat entlassen worden und aus der Gewerkschaft geschmissen worden. Solange schleppt sich der Prozeß bereits hin. Mit meiner Entlassung wollten die Opel-Kapitalisten und die Gewerkschaftsführer damals verhindern, daß ich als Kommunist in den Vertrauensleutekörper komme, und dazu konstruierten sie die Entlassung und hetzten den Opel-Ermittlungsdienst auf mich.

In der ersten Arbeitsgerichtsverhandlung deckte ich das Zusammenspiel von Opel, den Gewerkschaftsführern und dem Arbeitsgericht auf. Arbeitsrichter Van da Leeden, bekannt für die Abweisung von vielen Klagen entlassener Opel-Kollegen, war unfähig, die Verhandlung weiterzuführen und brach den Prozeß ab. Bei der zweiten Verhandlung, die Monate später erfolgte, schmiß er mich gleich nach einer Minute aus dem Gerichtssaal. Polizei hatte er wie im ersten Prozeß natürlich schon bereitstehen. Allein mit Opel und den opeltreuen Zeugen, meinem ehemaligen Meister Breitkopf, verhandelte das Gericht weiter und wies natürlich meine Klage ab.

Jetzt, nach mehreren Monaten, fand die Berufungsverhandlung statt. Die Zeugen waren gar nicht erst geladen. Opel hatte dem Gericht sogar die Personalakte meines Zeugen, eines ehemaligen Opel-Arbeiters, überreicht, damit das Gericht sich einen „besseren Eindruck" über den Zeugen verschaffen könne; während mein Rechtsanwalt alle Kündigungsbegründungen als juristisch und arbeitsrechtlich unhaltbar entlarvte, stammelte der Assessor Stammer vom Arbeitgeberverband nur Lügen zusammen und versuchte mit Verdrehungen den Eindruck zu erwecken, daß ich ständig meine Arbeitspflichten verletzt hätte, um meine politische Auffassung zu verbreiten. Der Meister hätte so und so schon eine Biergeduld mit mir gehabt, und ich sei ja schon vor der Vertrauensleutewahl aus der Gewerkschaft geflogen mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß ich nie mehr in die IGM aufgenommen werden würde, und also gar nicht hätte kandidieren können. Nachdem ich diese Reden auseinanderpflückte, darstellte, was wirklich damals passierte und dabei war, die politischen Hintergründe aufzudecken, unterbrach mich der Richter, wie ich das ja nun schon öfters erlebt hatte. Nach langem Hin und Her brach er die Verhandlung ab und vertagte sie auf den 3. Dezember. Somit wird dieser Prozeß wiederum um mehrere Monate verschleppt.

Die Partei und die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS haben mich durch Flugblätter und Plakate unterstützt und am Abend einen Arbeitertreff durchgeführt, zu dem 20 Kollegen und Genossen kamen.

Rot Front! Ein Genosse aus Bochum

Opel-Betriebsrat unterschlägt Beitragsgelder

Eine erneute Betrügerei des durch und durch korrupten Perschke-Betriebsrats bei Opel wurde aufgedeckt. Arthur Böhm, langjähriges Betriebsratsmitglied hat Beitragsgelder der Kollegen für die IGM unterschlagen. Während die Betriebsräte der GOG gefordert haben, Böhm müsse sofort aus dem Betriebsrat, besitzt Böhm die Dreistigkeit, zu den Betriebsratssitzungen zu kommen als sei nichts geschehen und Perschke drückte diesem verrotteten Element freundschaftlich die Hand. Er möchte Böhm im Betriebsrat haben, bis seine Kündigungsfrist abgelaufen ist. Es ist nicht unverständlich, daß Perschke sich hinter Böhm stellt. Perschke scheint nicht ganz unbeteiligt zu sein?!

Der Perschke-Betriebsrat bei Opel ist ja schon durch so mancherlei Geschäftemacherei und Betrügerei bekannt geworden. Z B durch den Verkauf von Regenschirmen, Feuerzeugen, Werkzeugen, Fotoapparaten, Taschenlampen, Radiogeräten, Möbeln usw. Dies war ein einträgliches Geschäft für diese Herren, wie Rudi Wischnewski es damals enthüllte. Aber das ist nicht alles. Neben ihren Handlanger- und Unterdrückerdiensten für Opel betrieben diese Herren gleichzeitig ein reges Geschäft für so manche Versicherungsgesellschaften, indem sie Kollegen beschwatzten, überlisteten, Versicherungen abzuschließen, wobei sie eine feine Provision einsteckten. Bekannt wurde damals auch, daß der Betriebsrat Kellermann, nach den Aussagen vieler Kollegen, mit geklauten Reifen gehandelt hat, die er mit dem Betriebsratswagen verlud. Alles spricht dafür, das es stimmt. Ihm wurde nahegelegt zu kündigen. Er kündigte, verzichtete auf seine Privilegien als freigestellter Betriebsrat, verzichtete auf das Weihnachtsgeld usw. Der Betriebsrat sagte, er hätte eine Umschulung als Chemiker bekommen, deshalb hätte er gekündigt. Kellermann arbeitet aber als Hausmeister an der Uni.

Diese Fälle sind nur die Spitze des Eisberges, des vollkommen verrotteten imperialistischen Gewerkschaftsapparates.

Rot Front! Ein Genosse aus Bochum

Kollegen boykottieren Betriebsversammlung

Ich arbeite bei der Firma John Deere in Mannheim. 1972 erkämpften sich hier vor allem die ausländischen Kollegen in einem achttägigen „wilden" Streik erfolgreich eine Lohnverbesserung. Heute ist die Kampfbereitschaft der Kollegen glänzend. Beispiel: Betriebsversammlung am 8. 9. 75. Am Raupenschlepperband, wo ich arbeite, erfuhren die Kollegen erst eine Stunde vor Beginn von der Versammlung. Aber was sich der Betriebsrat erhofft hatte, ging gänzlich in die Hose. Zwei Drittel der Kollegen boykottierten diese ganze Schau. In Gruppen bis zu fünfzig Mann diskutierten sie selbst die Probleme, die z. B. durch die Umstellung zweier Montagebänder entstanden sind. Während es der Betriebsrat über überall in der Werkshalle 642 installierte Lautsprecher fertigbrachte, schon im zweiten Satz die „Friedenspolitik" zu propagieren, sprachen die Kollegen z. B. vom Raupenband über die VR Albanien, wo das ganze Volk unter Waffen steht. Des öfteren erntete das Palaver des Betriebsrats höhnisches Lachen als Antwort. So meinte er, das „Mißtrauen einzelner Kollegen gegenüber den Zeitlohnkalkulatoren muß abgebaut werden." Die Wut über diese Arbeiterverräter war groß. Immer wieder riefen einzelne Kollegen und ganze Gruppen: „Verräter" oder „Kapitalistischer Handlanger."

Am meisten getroffen fühlt sich „Conny", der Vertrauensmann in Halle 642. Diese üble Type ist Vorsitzender der „S"DAJ bei Mannheim. Hervorgetan hat er sich in letzter Zeit dadurch, daß er versucht den Kollegen einzureden, die Raupenbänder seien durch die Umstellung „viel menschlicher geworden"! Obwohl die Akkordzeit sich verschärft hat und dazu noch alle Sitzgelegenheiten, wie Stühle usw., demontiert worden sind. Aber die Kollegen gaben ihm auch schon die passende Antwort: „Wenn du DDR sagst, meinst du was hier ist!"

Dieser Tag war eine glänzende Manifestation der Wachsamkeit und Solidarität von zwei Dritteln der 7500 Arbeiter.

Rot Front! Ein Kollege bei John Deere

Vertrauensleutewahl im Hamburger Hafen

Rotes Programm gegen ÖTV-Apparat

In der Hamburger Lagerhausgesellschaft fanden Vertrauensleutewahlen statt. Zum ersten Mal stellte sich ein Roter Kandidat zur Wahl. Auf Anhieb erhielt er ein Viertel der Stimmen seiner Kollegen. Das reichte zwar nur zum stellvertretenden Vertrauensmann, es war aber trotzdem ein Erfolg, denn diese Kollegen haben ihn als revolutionären Vertrauensmann gewählt, trotz der Hetze und Demagogie des Betriebsrates und des ÖTV-Apparates.

Mit einem revolutionären Programm stellte sich der revolutionäre Kollege zur Wahl. Im Hafen hat sich besonders die Arbeitshetze, die Ausbeutung und politische Unterdrückung verschärft. Mehr und mehr Tonnen müssen umgeschlagen werden, mehr Unfälle, Ruinierung der Gesundheit, Frühinvalidität und Verlust der Arbeitsplätze von vielen Kollegen ist die Folge für die Arbeiter. Sie werden zu Überstunden und Samstagsschichten gezwungen. „Der Container, das Schiff muß noch fertig gemacht werden", heißt es dann. Diese Unterdrückung, diesen Rationalisierungsterror und andere Punkte greift der revolutionäre Kollege in seinem Programm an und stellt die Forderungen der Kollegen dazu auf. Aber das ist nur ein Teil. Er schreibt: „Hand in Hand mit der Ausbeutung geht die politische Unterdrückung. Jeder Widerstand soll sofort erstickt werden. Klassenkämpferische Kollegen werden beschimpft, verleumdet und bedroht. Sie müssen die schlechtesten und schwersten Arbeiten machen. Und selbst vor politischen Entlassungen und Gewaltanwendungen schrecken die Bosse nicht zurück (...) Mit dem reaktionären BVG soll jeder Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung auch gesetzlich verboten werden. Aber wo Unterdrückung ist, da ist auch Widerstand."

Dieses Programm weist den Kollegen den richtigen Weg, wie sie sich gegen die Unterdrückung wehren können. Der Kampf kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Kollegen sich gegen den Gewerkschaftsapparat und gegen alle Feinde der Arbeiterklasse, besonders gegen die D„K"P zusammenschließen in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, wird im Programm ausgeführt. „Bist Du bereit für die Interessen deiner Klasse, der Arbeiterklasse, zu kämpfen, so gehörst Du in die RGO!" Der kommunistische Kollege verschweigt den Kollegen nicht, daß sein Ziel die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse vom Kapitalismus ist, die nur durch die Revolution erfolgen kann und daß er dafür die Kollegen gewinnen will.

Die Kollegen nahmen das Programm interessiert auf. „Klasse, das ist genau richtig", sagten einige Kollegen. Einer nahm sogar einen ganzen Stapel mit, um es an die Kollegen zu verteilen. Die ÖTV-Bonzen und der Betriebsrat schalteten schnell. Sie wollten verhindern, daß ein revolutionärer Kollege Vertrauensmann wird, denn sie benutzen den Vertrauensleutekörper als wichtige Einrichtung, um ihre klassenversöhnlerische Politik durch ihre Vertrauensleute bis in die einzelnen Abteilungen zu tragen. Mit Hilfe eines Strohmannes brachten sie eine „Gegendarstellung" zum revolutionären Programm heraus. Die Kollegen waren zum großen Teil darüber empört.

„Ich spreche hiermit bewußt eine kleine Gruppe in unserem Betrieb an und bitte meine Kollegen dringend, endlich einmal wach zu werden", schreibt dieser Büttel des Gewerkschaftsapparates. „Es gibt Leute, die vergessen ganz und gar, daß die Arbeitszeit in der zweiten Schicht bis 23 Uhr dauert. Wer kein Pensum arbeiten will, der braucht ja nicht. (Ich persönlich leiste lieber etwas mehr und gehe früher nach Hause). Es ist richtig, daß mehr Tonnage als früher gefordert und geleistet wird; aber es stehen heute ja auch immer mehr Mittel zur Arbeitserleichterung zur Verfügung. (...) Ich muß sagen, die HHLA hat endlich einmal durchgegriffen. Es wäre wünschenswert, daß die HHLA sich von weiteren Aufwieglern befreien würde, denn, es gibt ja noch einige davon." Diese reaktionäre „Gegendarstellung" steht einzig und allein im Dienste der HHLA-Kapitalisten und des Gewerkschaftsapparates, die befürchten, daß jetzt ein revolutionärer Kollege in den VLK kommt und sie dabei stört, den VLK zur Spaltung und Unterdrückung jedes Kampfes der Arbeiter einzusetzen. Das schließt natürlich nicht aus, daß einzelne fortschrittliche Kollegen im VLK sein können.

Viele Kollegen lehnten diese reaktionäre „Gegendarstellung" ab, sie diskutierten das revolutionäre Programm. Einige übten auch Kritik daran und halfen so, es zu verbessern.

Die Arbeiterklasse muß die Position des Roten Vertrauensmannes ausnutzen, um ihre Kampfposition im Betrieb gegen den Gewerkschaftsapparat und die modernen Revisionisten der D„K"P zu stärken, ausnutzen, um die Kollegen revolutionär zusammenzuschließen in der RGO.

Stahltarifrunde

Fortsetzung von Seite 1

Kollegen 20% forderten, hieß es: Die Forderungen der Kollegen seien unrealistisch und inflationsfördernd und gefährdeten die Arbeitsplätze. Ergebnis: Für die Kollegen Lohnraub und enorme Steigerung der Arbeitslosigkeit und ebenfalls die Inflation.

Und 1972/73 da hieß es, die Arbeiter müßten einen Beitrag zur Stabilität leisten. Brandt sagte damals: „Die Tarifpartner müßten um der Stabilität Willen in nächster Zeit noch mehr als bisher ihre Mitverantwortung für das Ganze berücksichtigen." Damals wurde die 46-Pfennig-Forderung durchgesetzt, während bei Hoesch z. B. die Kollegen 50 Pfennig forderten und dafür in den Streik getreten waren, der vom Gewerkschaftsapparat und den modernen Revisionisten zerschlagen wurde. Ergebnis: Für die Kollegen Lohnraub und die kapitalistische Krise wuchs, die Teuerung stieg rapide.

Die vergangenen Tarifrunden beweisen selbst: Lohnverzicht trägt nicht dazu bei, Krisen abzuschaffen, vielmehr werden durch Lohnverzicht immer schwerere Lasten auf die Arbeiter abgewälzt. Gleichzeitig zeigt sich: Bei jeder Tarifrunde sichert der Gewerkschaftsapparat den Kapitalisten ihre Profite und setzt die Ausplünderung der Arbeiter, die von Mal zu Mal größer wird, im Interesse der Bourgeoisie durch. Jedesmal hat sich der Gewerkschaftsapparat als Agent der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiter erwiesen. Mit der klassenversöhnlerischen Ideologie, Arbeiter und Kapitalisten müssen gemeinsam die Krise bekämpfen, „wir sitzen alle in einem Boot", versucht er, die Kollegen vom unversöhnlichen Kampf für mehr Lohn abzuhalten, so wie er es jetzt auch wieder vor hat.

Um bei dieser Tarifrunde den Lohnraub richtig durchzusetzen, hatten die Gewerkschaftsbosse in Dortmund z. B. sogenanntes Hintergrundmaterial an die Vertrauensleute und Betriebsräte gegeben, aus dem hervorgeht, wie schlecht doch die Lage der Stahlkapitalisten sei und daß man sich bei der Aufstellung der Forderungen daran orientieren solle. Die V-Leute und Betriebsräte hatten die Aufgabe damit zu versuchen, ihre Kollegen zu beschwatzen. So setzen z. B. die Gewerkschaftsbosse ihren Apparat in den Betrieben ein.

Unterstützt werden die Gewerkschaftsbosse von den modernen Revisionisten. Der Kommentar der D„K"P in der Betriebszeitung bei Hoesch als die Forderung von 8% bekannt wurde: „Das kann doch nicht wahr sein!", und dann schrieben sie am Schluß ihres Artikels: „Tragisch, daß die Kollegen bei diesem Spiel die Geschädigten sind. Eine Möglichkeit, den Lohnverlust noch zu begrenzen besteht darin, die Laufzeit des Tarifvertrages auf weit unter 12 Monate zu begrenzen. Da nach Aussagen von Kurt Herb (Verhandlungsführer der IGM) jederzeit mit einem plötzlichen Auftragsboom in der Stahlbranche gerechnet werden muß, besteht die Chance, bei einer kurzen Laufzeit von 6 Monaten, neue Tarife auszuhandeln." Das ist die gleiche klassenversöhnlerische Ideologie, wie sie der Gewerkschaftsapparat ständig propagiert. Vorher hatten die modernen Revisionisten der D„K"P groß von ihrer 12%-Forderung getönt, jetzt hört man davon nichts mehr. Mit der Forderung hatten sie versucht, sich an die Spitze der Tarifbewegung zu stellen, das Vertrauen der Kollegen zu erschleichen, um jetzt schnell auf den Gewerkschaftskurs einzuschwenken und die Kollegen an den Gewerkschaftsapparat zu ketten und Resignation und Mutlosigkeit zu erzeugen. Auch bei den letzten Tarifverhandlungen waren es die modernen Revisionisten, die erst lauthals tönten, sich kämpferisch gebärdeten und als der 9% Verrat beschlossen war, Kampfaktionen verhinderten, indem sie aufriefen, jetzt käme es darauf an, innerbetriebliche Verbesserungen zu erzielen.

Die modernen Revisionisten sind Agenten der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiter. Im Gegensatz zu dem Gewerkschaftsapparat geben sie sich radikaler, treten als „Kommunisten" auf und versuchen, die Arbeiter vom revolutionären Weg abzuhalten, deshalb versuchen sie auch immer die Widersprüche zwischen Gewerkschaftsapparat und Arbeiterklasse zu kitten. Nur gegen diese Agenten in den Reihen der Arbeiter, gegen den Gewerkschaftsapparat und die modernen Revisionisten können die Arbeiter Lohnerhöhungen durchsetzen. Verlassen sich die Kollegen auch nur auf einen der beiden, wird ihr Kampf immer mit einer Niederlage enden. Der Kampf für mehr Lohn muß also unversöhnlich gegen den Kapitalismus und seine Handlanger geführt werden. Dazu braucht die Arbeiterklasse aber auch eine Organisation. Das muß die RGO sein. Gerade solche Bewegungen, wie die Tarifrunde, bieten eine gute Möglichkeit, die Kollegen, die sich diesen Lohnraub nicht bieten lassen wollen, die dagegen kämpfen wollen, zusammenzuschließen und den Aufbau der RGO anzupacken!

DGB gründet Holdinggesellschaft

Mit Arbeitergeldern riesigen Trust aufgebaut

Der DGB-Apparat hat bekannt gegeben, daß ein Teil seiner Kapitalanlagen und Unternehmen in einer Holdinggesellschaft zusammengefaßt sind. Im Augenblick verwaltet die Holdinggesellschaft, die sich Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG nennt, Beteiligungen von sechs Unternehmen, die wiederum mit anderen Unternehmen verflochten sind.

Das sind 75,7% des Kapitals der BfG (Bank für Gemeinwirtschaft), 43% der Volksfürsorge Lebensversicherung, 95% der Volksfürsorge Sachversicherung, sowie 98,7% des Reiseunternehmens g-u-t, 25,4% der co-op-Handels- und Produktions AG und 25% der co-op-Zentrale Frankfurt. Der Vorstandsvorsitzende ist kein anderer als Hesselbach, der Chef der BfG. Er gab an, daß die Bilanzsumme, die die Holdinggesellschaft verwaltet, über 1 Milliarde DM beträgt. „Die Holding hat nicht nur steuerlich Pfiff, sondern wird auch Management-Aufgaben übernehmen." heißt es in dem Bericht.

Was bezweckt der DGB-Apparat nun aber genauer damit und was ist eine Holdinggesellschaft? Die Holdinggesellschaft ist ein Trust. Der Trust ist der höchste Monopolverband des Kapitals, neben z. B. einem Kartell usw. Der Aktienbesitz der Aktionäre der einzelnen Unternehmen geht an die Holding. Die Aktionäre erhalten dafür sogenannte Effektensubstitionen, das sind spezielle Aktien der Holdinggesellschaft. Die Holdinggesellschaft verfügt jetzt über die verschiedenen Unternehmen. Die einzelnen Unternehmen sind weitgehend wirtschaftlich nicht mehr selbständig. Die Holding ist sozusagen die Trustleitung. Die Unternehmen sind zentralisiert, das Kapital noch mehr konzentriert. Durch die Verschmelzung von Bankkapital und dem Industriekapital entsteht weiteres Finanzkapital, das für den Imperialismus typisch ist. Das Ziel des DGB-Apparates ist es, für noch höhere Profite seine Unternehmen auszubauen und auszurichten, noch besser den Markt zu beherrschen und den Anteil am Markt zu erhöhen.

Nach außen treten die einzelnen Unternehmen der Holding als selbständige Unternehmen auf. Neben höheren Dividenden springen für die Aktionäre so auch noch Steuervorteile heraus. Die Aktionäre sind die Gewerkschaftsbonzen usw., die einzelnen Gewerkschaftsapparate. Mit 20 36% der DGB, mit 24,97% die IGM, mit 19,4% die IG-Bergbau, mit 8,06% die ÖTV, mit 8,16% die IG BSE und mit 5,48% die IG Chemie.

Lenin schreibt dazu: „*Das Monopolkapital ist der direkte Gegensatz zur freien Konkurrenz, aber diese begann sich vor unseren Augen zum Monopol zu verwandeln, indem sie die Großproduktion schuf, den Kleinbetrieb verdrängte, die großen Betriebe durch noch größere ersetzte, die Konzentration der Produktion und des Kapitals so weit trieb, daß daraus das Monopol entstand und entsteht, nämlich: Kartelle, Syndikate, Trusts und das mit ihnen verschmelzende Kapital eines Dutzend von Banken, die mit Millarden schalten und walten. (...) Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.*" (Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Bd. 22, S. 270/71

Der DGB Apparat ist also ein Teil des imperialistischen Monopolkapitals. Hinter dem Geschwätz von der „Gemeinnützigkeit" steht kaltblütiges Streben nach Maximalprofiten, wie bei jedem anderen imperialistischen Monopol. Aber der Gewerkschaftsapparat nimmt die Arbeiter sogar doppelt aus. Einerseits streicht er Milliarden Beitragsgelder ein und dann beutet der DGB-Apparat selbst in seinen Unternehmen Arbeiter aus! Angesichts dieser ganzen Tatsachen erweist es sich wieder, daß es illusionär ist, zu glauben, diesen Apparat zu einem Kampfinstrument der Arbeiterklasse zu machen. Dieser Gewerkschaftsapparat muß als Teil der Monopolbourgeoisie und als Unterdrückungsinstrument der Monopolbourgeoisie bekämpft werden. Die Kollegen, die im Gewerkschaftsapparat organisiert sind, sowie auch alle anderen Kollegen, die gegen diesen Apparat unversöhnlich kämpfen, müssen in der RGO (Revolutionären Gewerkschaftsopposition), dem Kampfinstrument der Arbeiter, organisiert werden.

DGB-Demonstration gegen Arbeitslosigkeit

Sand in die Augen der Arbeiter

Vor einigen Wochen hatte Vetter demagogisch angekündigt, mit Demonstrationen der Arbeiter der Arbeitslosigkeit „zu Leibe zu rücken". In Emden fand nun am Donnerstag letzter Woche die erste statt. Weitere sind geplant wie z. B. in Dortmund im November.

8000 Kollegen aus verschiedenen Betrieben kamen zur Demonstration und Kundgebung zur Sicherung der Arbeitsplätze.

Besonders den Kollegen von VW droht weitere Arbeitslosigkeit, weil VW davon gesprochen hat, eventuell die Produktion in Emden einzustellen und in die USA zu verlegen. Die Arbeiter haben natürlich berechtigte Sorgen um ihren Arbeitsplatz und sie wollen sich das auch nicht einfach gefallen lassen. Die Möglichkeit, neue Arbeit zu finden, ist so und so schon fast aussichtslos und in Ostfriesland besonders schwer, denn das Land ist industriearm. Der Gewerkschaftsapparat und die D„K"P nutzen die Sorgen der Arbeiter aus, organisieren die Demonstration und Kundgebung, schwingen „radikale" Reden. Der IGM-Apparat fordert Sofortmaßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze und Mitbestimmung. Die D„K"P legt einen Gesetzentwurf zum Verbot von Betriebs- und Kapitalverlagerungen vor.

Man muß sich mal diese Demagogie vorstellen. Hier tut der Gewerkschaftsapparat als würde er um die Erhaltung der Arbeitsplätze kämpfen, während Loderer in Wolfsburg vor nicht langer Zeit Tausenden von Entlassungen zugestimmt hat.

Beide Forderungen sind aber nichts anderes als klassenversöhnlerisches Geschwätz und Illusionenmacherei über diesen Staat. Wehren können sich die Kollegen gegen solche Angriffe des Kapitals nur, wenn sie kompromißlos gegen den Kapitalismus kämpfen, selbständig, ohne sich von dem Gewerkschaftsapparat und der D„K"P beeinflussen zu lassen.

Mit solchen Aktionen geht es dem Gewerkschaftsapparat und der D„K"P keinesfalls um den Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Der Gewerkschaftsapparat spielt sich lediglich als großer Kämpfer auf, um die Kollegen von wirklichen Kampfaktionen abzuhalten.

US "Taylorsystem" in der Sowjetunion

Fortsetzung von Seite 3

System" als eine „positive Erfahrung" von „wichtiger Bedeutung für die Volkswirtschaft" bezeichnet wird. Und gab das ganze sogar frech als „Prinzip der sozialistischen Betriebsführung" aus, um dieses System im ganzen Land durchzusetzen. Aber wie immer sie es auch beschönigten, es ist nichts anderes als das alte blutsaugerische „Taylorsystem".

Die Einführung und Verbreitung des „Schtschekino-Systems", das neue wissenschaftliche Techniken zur Auspressung der Werktätigen benutzt, haben bewirkt, daß eine große Anzahl sowjetischer Arbeiter arbeitslos wurde. Statistiken zeigen, daß das Chemiekombinat Schtschekino allein im Zeitraum von 1967 bis 1973 über 1300 Arbeiter, also beinahe 20% der ursprünglichen Belegschaft, entlassen hat. Der sowjetrevisionistischen Zeitung „Trud" ist zu entnehmen, daß bis 1. Juli 1973 allein in der RSFSR in 292 Betrieben, die „dem Beispiel der Schtschekino-Leute folgen", die Belegschaften um 70000 Menschen reduziert wurden. Diese Arbeitslosen können nach ihrer Entlassung sich ihren Unterhalt nicht verdienen und leben in Armut. Auch diejenigen, die ihre Arbeitsplätze behielten, und, obwohl jeder jetzt für drei arbeitet, bekommen nur ein paar schäbige Rubel mehr, während die neuen Kapitalisten jedem Arbeiter im Vergleich zu früher das Zigfache an Mehrwert abpressen. Die Sowjetrevisionisten selbst geben zu, daß einige Fabriken für „jeden Rubel, der den Arbeitern als materielle Prämie ausgezahlt wird, 16,60 Rubel Gewinn erzielen". Daraus ist klar zu ersehen, daß die neue Bourgeoisie der Sowjetunion mit Breschnew an der Spitze bei der Auspressung der Arbeiter noch gerissener ist als die alten Kapitalisten in den Vereinigten Staaten und Europa.

Als Lenin das „Taylorsystem" entlarvte und kritisierte, stellte er fest: **„Das Taylorsystem bereitet — ohne Wissen und gegen den Willen seiner Erfinder — die Zeit vor, wo das Proletariat die ganze gesellschaftliche Produktion in seine Hände nehmen und eigene Arbeiterkommissionen einsetzen wird, um die gesamte gesellschaftliche Arbeit richtig zu verteilen und zu regeln."** Nun hat die Renegatenclique um Breschnew das verrottete „Taylorsystem aufgenommen, um aus den sowjetischen Werktätigen den letzten Blutstropfen herauszupressen. Aber es ist gewiß, daß diese Clique, ohne es zu wollen, selbst die Bedingungen für ihren eigenen völligen Untergang schafft und dafür, daß das Sowjetvolk von neuem die Diktatur des Proletariats errichtet.

(aus PR 28/75, S. 16/17).

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

DER ROTE KREUZBERGER

Stadtteilzeitung der KPD/Marxisten Leninisten

Solidarität im Kampf gegen die Entlassungen bei DeTeWe

84 Putzfrauen werden entlassen, zumeist türkische Kolleginnen. Sie können noch bleiben – wenn sie bereit sind, einer **Lohnkürzung** von mehr als 1 DM zuzustimmen, für einen Bettellohn von 4,20 DM zu arbeiten.

Hier entlarvt sich deutlich das weinerliche Gerede von Geschäftsleitung und Betriebsrat, wie aufrichtig leid es ihnen um jeden entlassenen Kollegen täte:

– Muß etwa weniger geputzt werden, weil die Post ihre Aufträge verringert hat?

– Ist den Herren bekannt, daß immer wieder Kollegen – ausländische Kollegen versteht sich, – selber herangezogen werden, um ihre Abteilung sauber zu machen?

– Sollen die Kollegen in Zukunft neben ihrer Akkordarbeit auch noch Toiletten putzen (wie es bei AEG in einer ähnlichen Situation der Fall war)?

In Wirklichkeit geht es hier nur darum, die Lohnkosten zu drücken um die Profite zu sichern!

„Einen opfern, um zehn zu retten?" Oder einige hundert entlassen, um das Gros der Arbeitsplätze zu sichern? So formulierte es Herr Friedrichsen, (Nachwuchs in der Geschäftsleitung, der nach seinen eigenen Worten garantiert für das Vorwärtskommen des Unternehmens, da er als junger Mensch nicht die Leitung eines ruinierten Betriebes übernimmt) und er fand dazu die Unterstützung des Betriebsrates und von Gewerkschaftssekretär Konrad. (...)

Die über tausend bereits „abgebauten" Kollegen, die 1966 im Juli und August entlassenen Kollegen, die 239 angekündigten Entlassungen noch in diesem Monat – alles um die restlichen Arbeitsplätze zu sichern?

Jeder Kollege von uns weiß, daß seit der ersten Kurzarbeit Angst und Besorgnis um den Arbeitsplatz ständig gewachsen sind, und alle Kollegen bedrücken und die Arbeitsbedingungen wurden erschwert.

Arbeitsplätze sichern? – Ein Anliegen der Geschäftsleitung und des Betriebsrates? Etwa nach der Methode, die in der IBM-Abteilung angewandt wurde? Hier mußten die Kollegen Überstunden leisten, um angeblich ihre Arbeitsplätze zu sichern; heute ist ihnen allen ihre Entlassung sicher. (Wer weiß, wie es den Kollegen im Werkzeugbau und in der Schlosserei ergeht, die im Juli ebenfalls Überstunden fahren mußten). In Wirklichkeit geht es den DeTeWe-Kapitalisten nur um eins: die Krise auf die Kollegen abzuwälzen – **ihre Profite zu sichern.** Die Umstellung der Produktion auf EWS durchzuführen auf Kosten der Kollegen – **ihre Profite zu steigern** – Von einer drohenden Pleite kann ebenso wenig die Rede sein wie vor 16 Jahren, als die jetzige Produktion des EMD-Wählers aufgenommen wurde. Damals wurden ebenfalls Massenentlassungen durchgeführt, einige Kollegen wurde kurz darauf wieder eingestellt. Jeder weiß, wie in den darauffolgenden Jahren die Produktion ständig angekurbelt, die Vorgabezeiten gekürzt wurden, von den Kollegen immer höhere Arbeitsleistung verlangt wurde. Dieselben Kollegen dürfen heute damit rechnen, auf die Straße zu fliegen. Es geht den Herren von Geschäftsleitung, Betriebsrat und Gewerkschaftsführung aber um noch mehr: die Kollegen untereinander zu spalten.

Jeden verteidigen – um alle zu retten! Über 1000 Kollegen wurden bereits „abgebaut". Die Abteilungen Kabelformerei, Rahmenbau, Gestellbau, Relaisbau, IBM werden in Berlin geschlossen (weil keine wirtschaftliche Produktion in Berlin mehr möglich ist).

84 Putzfrauen werden entlassen, von den auslernenden Lehrlingen bekommen nur 6 einen Arbeitsplatz bei DeTeWe. Es hieß: „Keine soziale Demontage für die übrigen, aber auch dies könne nicht versprochen werden.' Was heißt das angesichts der Tatsache, daß täglich die Schikane verstärkt wird, zusätzliche und erhöhte Leistungen verlangt werden oder Lohnkürzungen vorgenommen werden, z. B. durch die Herabsetzung der Minuten, die abgerechnet werden dürfen? Alles mit dem Hinweis: für Ihren Arbeitsplatz stehen genügend andere zur Verfügung.

Kollegen! Längst ist klar geworden, daß Versetzungen, Kündigungen und Schikane keine vereinzelten Maßnahmen sind, sondern daß alle Kollegen betroffen sind. Diejenigen, die gehen müssen, erwartet in der großen Mehrzahl Arbeitslosigkeit; die ausländischen Kollegen sind dazu noch mit Ausweisung bedroht; – für die, die bleiben: verschärfte Arbeitsbedingungen, Lohnkürzungen usw.

Es kann nicht unser Weg sein, der Logik der Kapitalisten zu folgen und Überlegungen anzustellen, wer wohl eine Kündigung eher verdient habe oder besser verkraften könne, die Ausländer, die Jungen oder die ganz Alten, die unverheirateten, diejenigen, die öfter krank waren usw. So kommen wir über ein Fragen „warum ich?" oder ein Aufseufzen „Gott sei dank, ich **diesmal** nicht", nicht hinaus.

Aber: Jede durchgeführte Entlassung, der kein Widerstand entgegengesetzt wurde, erleichtert die Durchführung der nächsten! Und: **Als Einzelner gegen eine Kündigung vorgehen, bringt wenig ein, aber gemeinsam gegen jede Kündigung vorgehen, das ist der Weg, um die Entlassungen zu verhindern!**

In verschiedenen Betrieben Westdeutschlands haben die Kollegen zu den richtigen Kampfmitteln gegriffen: Streik, Demonstration, Besetzung des Betriebes. Der Anfang dazu kann gemacht werden, indem auf Pausenversammlungen in den Abteilungen Maßnahmen gegen die Entlassungen diskutiert wird, eine Abteilung gemeinsam zum Betriebsrat oder zur Geschäftsleitung geht und die Rücknahme der Entlassungen fordert.

Aufgeräumt werden muß vor allen Dingen mit Zwietracht und Spaltung unter uns selbst, so z. B. mit dem „Argument": die sollen doch die Ausländer rausschmeißen, dann ist der Fall erledigt. Hier sollen unsere ausländischen Kollegen zum Sündenbock gemacht werden für die kapitalistische Mistwirtschaft, die sie nicht verschuldet haben und die durch ihre Abschiebung auch nicht beseitigt werden kann, das einzige Ergebnis wäre eine vorübergehende geringe Senkung der Arbeitslosenziffer und die noch härtere Auspressung der deutschen Kollegen, für die ausländischen Kollegen Ungewißheit und Elend.

Unsere Losung muß heißen: **Solidarität im Kampf gegen die Entlassungen! Deutsche und ausländische Arbeiter – eine Kampffront!**

Wir wissen auch, daß Arbeitslosigkeit und Krise im Kapitalismus nicht beseitigt werden können, aber: Nur wenn wir uns heute zusammenschließen, Widerstand leisten, die Schläge nicht mehr hinnehmen, können wir uns gegen einzelne Maßnahmen **erfolgreich** zur Wehr setzen – und morgen dem kapitalistischen System für immer ein Ende bereiten, in dem die Arbeiter für die Profite der Kapitalisten geopfert werden!

VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DEN KAPITALISMUS UND SEINE HANDLANGER!

Revisionistisches

RELIGION IN DER TSCHECHOSLOWAKEI

Eine „atheistische" Expertengruppe in der Tschechoslowakei beschwert sich in ihrem Bericht heuchlerisch darüber, daß noch so viele Schwesternschülerinnen zum Religionsunterricht angemeldet seien und viele junge Menschen Theologie studieren wollen. Dieses Gejammere der Revisionisten ist nichts anderes als üble Demagogie. Vor dem Volk stellen sie sich als diejenigen hin, die die Religion bekämpfen mit ihren „atheistischen" Expertengruppen.

In Wirklichkeit sind sie es aber selbst, die dieses Opium unter die tschechoslowakischen Völker tragen. Sie brauchen die Pfaffen, sie brauchen den Segen des Papstes, um die Arbeiter und Werktätigen zu vernebeln und zu betrügen.

Der bürgerlich-revisionistische Staat finanziert die Verbreitung der Religion und den Unterhalt der Kircheneinrichtungen. So gibt die tschechoslowakische Zeitschrift „Tribuna" zu, daß Priester keine Schwierigkeiten haben, die Religion zu verbreiten, sie sind ziemlich privilegiert. Die Kirche, so „Tribuna", übt bis in die kleinsten Ortschaften ihren Einfluß aus und wirkt auch auf die persönlichen Probleme der Menschen ein. Allein in Böhmen und Mähren gibt es pro Distrikt 94 Kircheneinrichtungen, kulturelle Einrichtungen gibt es nur 1/3 davon – in 29 Distrikten von Böhmen und Mähren gibt es nur einen Kulturfunktionär mit Hochschulausbildung, aber 6mal so viel Pfaffen mit dem gleichen Bildungsstand.

Aber auch die Verbreitung der Religion wird der neuen Bourgeoisie nichts nützen, die tschechoslowakischen Völker werden auch diese Manöver durchschauen, den bürgerlichen revisionistischen Staat zerschlagen und dann auch die Pfaffen zum Teufel jagen.

MOSKAU WIRBT MIT NUMMERNKONTEN

Drei Männlein, in der Manier der bekannten Affen – nichts hören, nichts sehen, nichts sagen – zieren den Prospekt der sowjetischen Aussenhandelsbank Vneshtorgbank in Zürich. Das Moskauer Institut wirbt für sich mit der Einrichtung von Nummernkonten. Es ist bekannt, daß gerade die westdeutschen und amerikanischen Kapitalisten ihr Geld auf anonyme Nummernkonten anlegen in der Schweiz, damit ihre schmutzigen Machenschaften nicht ans Tageslicht kommen. Auch die Sozialimperialisten locken jetzt mit Nummernkonnten, um ausländische Devisen zu ergattern und über Kapital vor allem der westeuropäischen Länder zu verfügen. Sie sind würdige Partner der anderen Kapitalisten, bereit an allen Betrügereien und dunklen Geschäften teilzunehmen, wenn sie nur einen Vorteil dadurch haben.

RESPEKT VOR KIRCHE UND STAAT

Aus der D„K"P-Zeitung „UZ – Notizen aus Bottrop und Gladbeck" „Anläßlich der Überreichung des Bundesverdienstkreuzes an den Stadtdechanten Heinrich Linkholt, gratulierte auch der DKP-Fraktionsvorsitzende Czymek dem ersten Mann der katholischen Kirche in Bottrop. Die DKP respektiere die Bedeutung der Kirche und würdige vor allem soziales Engagement aus dem katholischen Raum." Also: der erste Mann der Bottroper Kirche – wie die D„K"P-Revisionisten ihn mit unverhohlener Bewunderung bezeichnen – wird für seine Verdienste um den westdeutschen Imperialismus geehrt und der erste Mann der Bottroper Revisionisten nutzt die Gelegenheit, um sowohl dem Kapitalistenstaat, als auch der Kirche seinen Respekt zu zollen.

Verfassungsschutz - Seit 25 Jahren Hauptaufgabe:

Den Kommunismus bekämpfen - das Volk bespitzeln

In diesen Tagen hat der Bundesverfassungsschutz einen neuen Chef bekommen. Richard Maier hat Günther Nollau abgelöst. Die Amtsübergabe hat in der bürgerlichen Presse einigen Wirbel ausgelöst. Denn Nollau griff seinen ehemaligen Vorgesetzten Genscher offen an, im Fall Guillaume fahrlässig gehandelt zu haben, während Maier wiederum Nollau zurechtwies, weil er Artikel im „Stern" veröffentlicht hat.

Jetzt soll alles anders werden. Nach der Unruhe, die die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Praktiken dieses Geheimdienstes lenkte, soll nun wieder Ruhe und Ordnung herrschen, eine „Ära des Schweigens", wie es in der Fernsehsendung über den Verfassungsschutz genannt worden ist. Der Verfassungsschutz muß allerdings das Licht der Öffentlichkeit scheuen, wie der Teufel das Weihwasser, denn seine Praktiken sind kriminell, gegen das Volk gerichtet, das Spitzel und Verräter haßt und nicht umsonst heißt es: Der größte Lump im ganzen Land ist und bleibt der Denunziant.

EIN BLICK ZURÜCK ...

Als der Verfassungsschutz 1950 von der Adenauerregierung offiziell gegründet wurde (denn insgeheim gab es ihn schon länger) hieß es in den Reden, die damals im Bundestag von den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien gehalten wurden, es sei die Aufgabe des Verfassungsschutzes, die Freiheit und die Demokratie zu verteidigen, den demokratischen Rechtsstaat gegen seine Feinde zu schützen usw., usf. Ähnliche Worte wurden dann auch in das Gesetz über den Verfassungsschutz geschrieben. Sie werden noch heute ständig wiederholt. Bundesinnenminister Maihofer hat gerade betont, daß der Verfassungsschutz eine staatspolitische Aufgabe zu erfüllen hat, und deshalb aus dem Parteiengezänk herausgehalten werden muß. Maihofer im Verfassungsschutzbericht von 1974: *„Nur wenn dieser Kernbestand unserer freiheitlich rechtsstaatlichen Demokratie verteidigt und geschützt wird, kann den Bürgern unseres Staates ein menschenwürdiges Leben in Freiheit und Gleichheit gewährleistet werden."* In der Praxis des Verfassungsschutzes sieht das z. B. schon kurz nach seiner Gründung so aus: Im September 1952 wird in Hessen eine Polizeiaktion durchgeführt, in deren Verlauf eine geheime Mörderschule des „Bundes Deutscher Jugend" (BDJ) ausgehoben wurde. Dabei wurden Schießstände gefunden, Waffen, Anweisungen für den Straßenkampf wie z. B. folgende über den Einsatz von Handgranaten gegen Demonstranten: „Frühes Blut verhindert viel Blut". Außerdem konnten Namenlisten für den „Tag X" sichergestellt werden, auf denen die Namen derer standen, die für die Liquidation bestimmt waren. **Ausbilder dieser Mörderbande waren die amerikanischen Besatzer, der BDJ war als staatstragende Organisation anerkannt, wie Glückwunschtelegramme z. B. von Adenauer beweisen. Das Geld kam zum Teil vom Verfassungsschutz, ebenso wie Rat und Menschen.** 75% der Mitglieder dieser Mörderbande waren alte Nazis, z. T. SS-Sturmbannführer und andere höhere Chargen. All dies wurde 1953 von der KPD im Bundestag enthüllt.

Die hohen Ideale von Freiheit, Gleichheit und Demokratie, zu deren Schutz der Verfassungsschutz angeblich bestimmt ist, das ist die Tünche, mit der vertuscht werden soll, daß der Verfassungsschutz die Aufgabe hat, die Ausbeuter- und Unterdrückerordnung der Imperialisten zu schützen. Selbst die Gesetze und das Recht dieser Ausbeuterordnung gelten für ihn nicht. Wer sich auflehnt und wenn nur der Verdacht besteht, wird überwacht, bespitzelt und verfolgt und es ist klar, daß die Kommunistische Partei und alle revolutionären Organisationen das besondere Ziel der Aktivitäten dieses Spitzeldienstes sind.

UND HEUTE ...

Heute hat sich daran nichts geändert. Der Verfassungsschutz hat den Bombenleger Urbach in die RAF geschickt, damit er dort als agent provocateur arbeitet. Der Verfassungsschutz hat in seiner modernen Computeranlage Millionen von Daten über Zigtausende von Menschen gesammelt. Der Verfassungsschutz überprüft mit Hilfe dieses Computers z. B. systematisch jeden, der in den Schuldienst eintreten will, egal, ob er sich bisher politisch betätigt hat oder nicht. Ende der sechziger Jahre enthüllte der Verfassungsschutzagent Pötsch, daß er eingesetzt wurde, um Telephone anzuzapfen, wofür es damals noch nicht einmal eine rechtliche Grundlage gab. Heute gibt es sie, ist das Anzapfen legal. Auch heute ist die Hauptaufgabe des Verfassungsschutzes der Kampf gegen die revolutionären Organisationen, vor allem die Kommunistische Partei, gegen „die Extremisten" wie Maihofer das im Unterschied zu den „Radikalen", der D„K"P z. B., nennt. „Radikal" sein, ist nicht verfassungsfeindlich. Heute sagt Maihofer: „Der Verfassungsschutz, das ist der Preis, den wir für die äußere Freiheit zahlen müssen."

Die Freiheit aber, die der Verfassungsschutz verteidigt, ist die Freiheit der Imperialisten, das Volk auszubeuten und zu unterdrücken. Der Haß auf die Spitzel dieses Geheimdienstes ist gerecht. Erst wenn dieses „staatspolitisch wichtige" Terrorinstrument der Imperialisten mitsamt dem ganzen Ausbeuterstaat in der proletarischen Revolution gestürzt ist, wird es wirkliche Freiheit für das Volk geben.

Idar-Oberstein

US-Söldner morden deutschen Jugendlichen

Idar-Oberstein, 30. 8. Gegen 1 Uhr morgens zetteln amerikanische Besatzer-Soldaten im Lokal „Felsenkeller" eine üble Schlägerei an. (Solche Ausschreitungen sind hier gang und gebe). Doch diesmal geschah ein Mord!

Nachdem die Rowdies das Lokal verlassen hatten, fielen sie auf der Straße einen 17jährigen deutschen Lehrling an, der übrigens an der Schlägerei völlig unbeteiligt war und erstachen ihn kaltblütig mit ihren Stiletten. Mindestens ein weiterer Obersteiner, der dem Lehrling Hans Albert zu Hilfe eilen wollte, wurde auch noch krankenhausreif geschlagen.

Die Bevölkerung war über diese Besatzerprovokation höchst aufgebracht. Spontan fand am nächsten Abend vor dem Lokal eine Demonstration statt. Ließen sich die Besatzersoldaten in der Stadt blicken, so wurden sie von Jugendlichen achtkantig davongejagt.

Was tat die deutsche Polizei? Sie übte sich wieder einmal in „sehr guter Zusammenarbeit mit der Militärpolizei" und erklärte der Bevölkerung, ihre Demonstration sei nicht angemeldet gewesen. Die Mörder aus den Reihen der Besatzer wurden, bis auf zwei, alle wieder auf freien Fuß gesetzt.

„Mehr Sicherheit", sagt die Regierung, um die Aufrüstung der Polizei vor dem Volk zu rechtfertigen. Wieviel ihr die Sicherheit der Bevölkerung tatsächlich wert ist, hat sich jetzt erneut in Idar-Oberstein gezeigt.

Urteil des Bundesgerichtshofs

Spitzel gesetzlich geschützt!

„Polizeibeamte dürfen einen Demonstrationszug fotografieren, um dadurch unbekannte Täter, die früher Straftaten verübt haben, zu ermitteln. Durch ein solches Verhalten werden die Teilnehmer einer Demonstration keinem gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff ausgesetzt." So entschied der Erste Strafsenat des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe. Wer schon einmal bei einer Demonstration der KPD/ML dabei war, der kennt sie, die unauffälligen Herren mit kleinen Photoapparaten, die auf dem Fußgängerweg aufgeregt hin- und herlaufen, die hinter Fensterscheiben im dritten Stock stehen und ein Photo nach dem anderen machen, die „zufällig" in parkenden Autos neben dem Demonstrationszug sitzen, um möglichst alle Demonstraten auf dem Bild festzuhalten. Diese Spitzel haben sich den Haß der Revolutionäre und breiter Teile der Bevölkerung zugezogen. Und sie können sich darauf gefaßt machen, wir werden ihnen auch in Zukunft die Photoapparate wegnehmen, da kann uns auch kein Urteil des höchsten Gerichtes der Bourgeoisie davon abhalten. Wir wissen, wofür sie diese Photos brauchen: Damit legen sie ihre Karteien an, damit speichern sie ihre Computerzentrale, wo jeder „Verdächtige" registriert wird. Sie wollen sich darauf vorbereiten, gegen alle Revolutionäre, vor allem gegen die kommunistische Partei, vorzugehen. So heißt es in der Urteilsbegründung: „Es muß gerade zu Beginn der polizeilichen Ermittlungen die Untersuchung oft weit gestreut werden." Ja, sie müssen ihre Untersuchungen sehr weit streuen, denn schließlich wird sich eines Tages die Arbeiterklasse und das ganze Volk gegen ihre Ausbeuterherrschaft erheben und dann nützen ihnen auch die größten Computerzentralen nichts mehr!

Vom Aufbau des Sozialismus

3. NATIONALSPIELE IM ARBEITERSTADION IN PEKING ERÖFFNET

Am 12. 9. wurden die 3. Nationalspiele in China feierlich eröffnet. An ihnen nehmen über 10000 Sportler aus allen Gebieten Chinas, auch aus der Provinz Taiwan, teil. Bei der Eröffnung waren führende Vertreter des chinesischen Staates, der Kommunistischen Partei Chinas und Gäste aus dem Ausland anwesend. Ebenfalls anwesend waren die ausländischen Sportdelegationen, die zu den 3. Nationalspielen eingeladen worden waren. Im Stadion hatten sich mehr als 80000 Zuschauer verschiedener Nationalitäten eingefunden. Beim Einmarsch in das Stadion trugen die Sportler ein großes Transparent mit der Weisung des Vorsitzenden Mao Tsetung **„Entwickelt den Sport, verstärkt die Körperkultur!"**

Im Namen des Zentralkomitees der KP Chinas und des Staatsrats überbrachte Genosse Tschen Silien herzliche Glückwünsche an alle Teilnehmer der 3. Nationalfestspiele. Er betonte: Die 3. Nationalspiele werden in einer sowohl innerhalb wie außerhalb des Landes ausgezeichneten Situation abgehalten. Sie zeugen vom Schwung und von der ausgezeichneten Situation der Revolution und des Aufbaus des Sozialismus in China. Er sagte: **„Beleuchtet von der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao spielt unser Sport eine positive Rolle in der Revolution und beim Aufbau des Sozialismus und verstärkt die Freundschaft zwischen dem chinesischen Volk und den anderen Völkern der Welt durch internationale Kontakte."**



3. Sportfest der chinesischen VBA.

„Seit den 2. Nationalspielen", hatte die Volkszeitung zur Eröffnung der Spiele geschrieben, „sind tiefgehende Veränderungen während der Großen Proletarischen Kulturrevolution im Sport Chinas vor sich gegangen." Die Grundlage für diese großen Veranderungen war die Weisung des Vorsitzenden Mao „Entwickelt den Sport und verstärkt die Körperkultur", die den Sport in den Dienst der Revolution und des Aufbaus des Sozialismus stellte.

Heute ist der Massensport in China überall verbreitet, ein neues Kontingent von Sportlerinnen und Sportlern, gewappnet mit den Mao Tsetung-Ideen, wächst schnell heran.

Die Betonung des Massensports bedeutet natürlich nicht, daß der Entwicklung des sportlichen Niveaus keine Aufmerksamkeit gewidmet wird. Es ist auch bei uns bekannt, daß chinesische Sportler auf verschiedenen Gebieten zu den besten der Welt gehören. Den bei uns bekannten Star-Rummel gibt es allerdings in China nicht. Starallüren und rein technischer Standpunkt beim Sport werden in China bekämpft.

Die Volkszeitung schreibt dazu: „Unsere Sportler und Sportlerinnen sollen ermuntert werden, beides zu sein, rot und Meister ihres Fachs, sie sollen ihren revolutionären Heroismus ins Spiel tragen, das Vaterland im Herzen und die Welt im Sinn haben, sie sollen hart arbeiten, um Schwierigkeiten zu überwinden und es wagen, die Gipfel des Sports in der Welt zu erreichen."

Mordversuch an Bochumer Angestellten

Polizei - dein Feind und Killer

Bochum, 18. 9., gegen 1.00 Uhr nachts, nicht weit vom Schauspielhaus. Der 46jährige Familienvater Gerhard Send kommt von der Probe seines Gesangvereins. Da quietschen plötzlich Bremsen und Reifen, Männer springen heraus und feuern 27 Schüsse gezielt auf Send. Schwerverletzt, in den Rücken getroffen, bricht Send zusammen. Die Studentin Ulla Viefhaus wird in den Oberschenkel getroffen, ihrem Begleiter zerfetzen die Kugeln die Hosenbeine. Zeugen des Verbrechens eilen Send zu Hilfe, sie werden von den Gangstern daran gehindert, einer erhält einen gezielten Faustschlag ins Gesicht.

Eine Mafiabande? Es ist das Sonderfahndungskommando der Bochumer Polizei, sie fahnden nach einem Mann in einer hellen Jacke, Grund genug, den völlig ahnungslosen Send mit vier Zivilwagen zu überfallen und niederzuknallen.

Im Krankenhaus soll der Schwerverletzte sofort operiert werden. Die Kripo verlangt vom Arzt, zuerst eine Blutprobe zu machen. Sie suchen nach Gründen, um ihren Mordversuch zu rechtfertigen. Der Arzt lehnt das ab. Dann verlangen sie vom Arzt, einen Fingerabdruck von Gerhard Send abzunehmen. Noch jetzt wird er behandelt wie ein Schwerverbrecher. Die Polizei hält es nicht für nötig,seine Frau zu informieren. Erst aus dem Krankenhaus wird sie angerufen.

Genossen der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS besuchen Frau Send.

Sie erzählt ihnen, daß sie am Mittwoch morgen bei dem zuständigen Polizeipräsidenten Hardenberg angerufen hat. Sie wurde vertröstet: „Urlaub, nicht im Dienst, morgen im Büro erreichbar." Herr Hardenberg hat aber am gleichen Tag genug Zeit,um Presseerklärungen und Interviews fürs Fernsehen zu machen: „Das Verhalten meiner Beamten bis zum zweiten Schuß war korrekt . . . Notwehr . . . die weiteren Schüsse hätten vielleicht nicht unbedingt Not getan . . . die Kinnhaken gegen den Passanten? Korrekt! Der hat die Amtshandlung gestört! Wer den Fall untersucht? Natürlich die Kripo, die ist völlig neutral . . .!"

Mittags ruft Frau Send wieder an: Sie wird mit einem Herrn Vogel von der Mordkommission verbunden. Der schüchtert sie ein: „Ihr Mann hat geschossen". Gerhard Send hat immer eine Gaspistole bei sich, um sich vor Gangstern zu schützen. Er hat seiner Frau aber noch vor der Operation gesagt, daß er keinen Schuß abgegeben hat, dafür gibt es auch Zeugen. Als Frau Send das erzählt, ist die zynische Antwort: „Zeugen gibt es viele." Schließlich legt Vogel einfach den Hörer auf mit der Bemerkung: „Mit Ihnen kann man ja nicht reden." Auch die UZ, die Zeitung der D„K"P verbreitet die Lüge, daß Gerhard Send zuerst zwei Schüsse aus einer Gaspistole abgefeuert hat. Ein Polizist behauptet, er sei aus drei Metern Entfernung direkt ins Gesicht getroffen worden, das ist aber schon deshalb nicht möglich, weil die Polizisten nach den Zeugenaussagen 10 Meter entfernt waren als sie geschossen haben. Mit diesen Lügen soll der Mordversuch der Polizei wiedermal gerechtfertigt werden.

So können die Mörder des Dortmunder Arbeiters Erich Dobhardt, der Kölner Arbeiters Manfred Grohs, den Münchner Taxifahrers Günther Jendrian auch heute ihre „Amtshandlungen" fortsetzen. Gerade auch die Freisprüche der Mörder aus den Reihen der Polizei zeigten, daß sie durchaus im Rahmen des „sozialen Rechtsstaat" handeln, wenn sie morden, daß die Polizei eben dazu da ist, um das Volk zu unterdrücken.

Die Bourgeoisie versucht mal wieder, das Ganze als einen bedauerlichen Einzelfall hinzustellen. Sie täuscht eine objektive Untersuchung vor. So wird die Landespolizei aus Düsseldorf eingeflogen, der Generalbundesanwalt Hirsch wird eingeschaltet. Diese hohen Herren haben aber keine andere Aufgabe, als den Mordversuch zu vertuschen, denn bekanntlich hackt ja eine Krähe einer anderen kein Auge aus.



Kundgebung gegen den Mordanschlag

Und um den Polizisten einen völligen Freibrief zum Mord zu geben, soll im Bundestag jetzt ein Gesetz über die Möglichkeit des „gezielten Todesschuss" verabschiedet werden: Natürlich nur in Notwehr, wir kennen das ja. Doch immer mehr Menschen erkennen, wofür die Polizei wirklich da ist. So schreiben Schüler und Lehrer in einem Leserbrief an die WAZ:

„Wir haben jetzt bis an die Zähne bewaffnete Polizisten, die eine Legitimation haben, auf jeden zu schießen, auf den ein vager Verdacht fällt. Wir halten diese Polizei eher für eine Bedrohung der Bevölkerung als für einen Garanten der Sicherheit, denn diese Vorfälle häufen sich in letzter Zeit." Auch die Nachbarn und Bekannten von Gerhard Send sind empört über diesen Mordversuch. Als Zeichen der Anteilnahme und Unterstützung bekam Frau Send viele Blumensträuße ins Haus geschickt.

NATO-Manöver

Fortsetzung von Seite 1

In Bayern ist gerade das Manöver „Große Rochade" zu Ende gegangen. An ihm beteiligten sich 60 000 Soldaten der Bundeswehr, 9 000 amerikanische, französische und kanadische Soldaten. Fast 17 000 Räderfahrzeuge und 3 000 Kettenfahrzeuge, Hunderte von Hubschraubern waren im Einsatz. Diese Übung allein war das größte Manöver, das jemals in der Bundesrepublik stattgefunden hat. Die „Große Rochade" wurde begleitet von dem Luftwaffenmanöver „Cold Fire" und unmittelbar anschließen wird sich das Manöver „Certain Treck". In der Ostsee, in der Nordsee, im Kattegat und Skagerak hat am 15. September die Übung „Botany Bay 75" begonnen, an der sich neben den Flotten auch die Luftwaffe nicht nur der Bundesrepublik, sondern auch Dänemarks beteiligen. Anfang Oktober werden die amerikanischen Imperialisten mit einer sogenannten „Luftbrükkenübung" („Reforger 77") 10 000 Soldaten aus den USA in der Bundesrepublik landen. Und Mitte Oktober beginnt in Niedersachsen das Manöver „Straffer Zügel", in dessen Mittelpunkt Luftlandeübungen der berüchtigten US-Marinerangers, der „Ledernacken", stehen werden. Begleitet wird dies alles von einer Reihe kleinerer, lokaler Übungen und Manöver. Manöver der NATO, auch mit der Beteiligung von Soldaten aus der Bundesrepublik, werden gegenwärtig auch im östlichen Mittelmeer, in der Agäis und der Osttürkei durchgeführt.

Die Tatsache, daß gerade an der Südostflanke der NATO, vor allem aber in unserem Land solche riesigen Manöver abgehalten werden, ist kein Zufall. Es zeigt, daß die Spannungen in Europa wachsen, trotz der Deklarationen, die die beiden Supermächte, der russische Sozialimperialismus und der amerikanische Imperialismus gerade in Helsinki durchgesetzt haben und in denen der „Friede" und die „Entspannung" in den Himmel gelobt werden. Gerade die Manöver zeigen aber, daß die Supermächte ihre Kriegsvorbereitungen im Kampf um die Weltherrschaft verstärken. Unser Land liegt dabei in Europa in einem Brennpunkt ihres Interesses. Das ist auch der Grund dafür, warum die NATO beschlossen hat, die Luftwaffeneinheiten in Mitteleuropa unter einem Kommando zu vereinigen. Sitz dieses Hauptquartiers: Bayern. Wenn die westdeutschen Imperialisten, als Verbündete des US Imperialismus, jetzt viel Lärm darum machen, daß sie die Manöver den Ländern des Warschauer Paktes rechtzeitig angekündigt haben, um ihren Friedenswillen zu demonstrieren, ist das allerdings eine große Täuschung des Charakters der unter dem Befehl des amerikanischen Imperialismus stehenden NATO und der gegenwärtigen Manöver.

Ein aggressiver, unter dem Befehl einer imperialistischen Supermacht stehender Militärblock, eine imperialistische Armee wie die Bundeswehr, dienen nicht dem Schutz unseres Volkes, sondern der Aggression und der Unterdrückung des Volkes. Dies zeigt sich im Manöver „Große Rochade", das einer der Oberbefehlshaber eine „Demonstration der Vorwärtsverteidigung" nannte und das von großangelegten Luftlandemanövern und Panzervorstößen geprägt war, militärische Operationen, die typisch für imperialistische Aggressionen sind, wie es sich auch in Vietnam gezeigt hat und bei der Besetzung der Tschechoslowakei durch die russischen Sozialimperialisten. Ganz deutlich wird dies auch bei der beabsichtigten Landung der berüchtigten Ledernacken in Niedersachsen.

Wie die Bundeswehr mit dem Volk, zu dessen Schutz vor Aggression die Manöver angeblich durchgeführt werden, wirklich umgeht, zeigt sich nicht nur in der Zahl der getöteten Soldaten und im Flurschaden von einer Million DM, sondern auch im Verhalten der Offiziere dieser Armee der Imperialisten. Der Oberstleutnant Schabert, „Muster eines Panzerkommandeurs", z. B. stellt seinen Panzer vor einem Haus auf, wo er durch sein Gewicht unterirdische Leitungen zerstört. Als sich der Hausbesitzer darüber beschwert und seinen Abzug fordert, wird er von Schabert zynisch angefahren: „Sind wir in ihren Ziergarten gefahren?"

Natürlich haben es sich auch die russischen Sozialimperialisten und als ihr Sprachrohr die modernen Revisionisten der D„K"P nicht nehmen lassen, viel Lärm darum zu machen, daß die NATO-Manöver ein Schlag gegen den „Geist der Entspannung" seien. Heuchlerisch verschweigen sie dabei aber, daß sie selbst auch gerade jetzt Manöver durchführen, darunter solche in der Barentssee, um Norwegen unter Druck zu setzen und zu demonstrieren, daß sie dieses Meer als ihren Besitz betrachten.

„Abrüstung„ Entspannung, Frieden" – diese Propaganda Moskaus, in die die westdeutschen Imperialisten einstimmen, soll der Schleier über den wachsenden Kriegsvorbereitungen der zwei Supermächte sein, in deren Rahmen die jetzigen Manöver der NATO in unserem Land stattfinden. Die wachsenden Kriegsvorbereitungen der zwei Supermächte sind eine reale Gefahr. **Kampf den wachsenden Kriegsvorbereitungen durch die 2 Supermächte! Raus mit den amerikanischen und russischen Besatzern aus ganz Deutschland!**

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
46 Dortmund 30
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26

KÖLN

Ich arbeitete eine Zeit lang als Vertretung bei einem praktischen Arzt. An einem Abend kam ein Anruf, die Frau von einem Genossen war ohnmächtig geworden. Ich fuhr hin, behandelte. Weil sie am nächsten Morgen noch einmal umkippte, sagte ich ihrem Mann, es wäre besser, wenn er einen Tag zu Hause bliebe. Er machte das. Das war in seinem Betrieb üblich und wurde anerkannt.

Zwei Wochen später bekam der Genosse die Kündigung. Sein Arbeitgeber glaubte, eine gute Gelegenheit gefunden zu haben, um ihn loszuwerden. Denn er war im Betrieb als Kommunist bekannt. In der Kündigung stand drin, sie wird sofort wirksam, wenn nicht innerhalb von 24 Stunden vom Hausarzt seiner Frau bescheinigt wird, daß sie damals krank gewesen war und daß es ärztlich nötig gewesen war, daß ihr Mann einen Tag gefehlt hatte. Der Arbeitgeber spekulierte natürlich darauf, daß er so eine Bescheinigung nicht so schnell ranbekäme.

Ich stellte die Bescheinigung sofort aus alles schien klar zu sein.

Zwei Wochen später bekam ich in der Arztpraxis, wo ich arbeitete, folgenden Anruf vom Amtsarzt am Arbeitsgericht:

Er fragte mich, ob ich die und die Bescheinigung - von der ich oben berichtete – ausgestellt habe. Natürlich, sagte ich. Er daraufhin: „Wissen Sie, Herr Kollege, das ist so: der Herr Betriebsleiter von dem Betrieb, in dem der von ihnen für einen Tag Beurlaubte arbeitet, hat mich gebeten, mich mit Ihnen in Verbindung zu setzen, damit diese Bescheinigung rückgängig gemacht wird. Dieser Arbeiter, dem er fristlos gekündigt hat, ist nämlich ein ganz faules Stück und außerdem Kommunist. Leider ist es dem Betriebsleiter bisher noch nicht gelungen, ihn rauszuschmeißen, weil im Betriebsrat Kommunisten sitzen, die ihm das ganze Arbeitsklima in der Firma verderben und diese Leute, die nicht arbeiten wollen und nur Geld haben wollen, auch noch decken. Ist es nicht möglich, Herr Kollege, daß sie diese Bescheinigung zurücknehmen, wir werden das schon hinkriegen? Es ist doch so, daß wir Ärzte auch unsere gesellschaftliche Pflicht haben und von unserer Seite her dafür sorgen müssen, daß solche faulen Leute und Unruhestifter aus den Betrieben rauskommen." Er war sehr geknickt, als ich die Bescheinigung nicht zurücknahm.

Von dem, was er mir erzählte, stimmt nur, daß der Genosse als Kommunist im Betrieb bekannt ist. Er ist weder faul noch gibt es (leider) Kommunisten im Betriebsrat. Damit wollte der „Herr Kollege Amtsarzt" mich wohl nur weich machen.

Rot Front!

KIEL

Ich möchte von einem Vorfall berichten, den ein Freund von mir im letzten Sommersemester an der Universität Kiel erlebt hat. Im ROTEN MORGEN wurde bereits berichtet, daß die Studenten der Kieler Universität im letzten Sommersemester gegen den Maulkorberlaß streikten. An der Kieler Uni werden Streiks stets verboten und die Dozenten werden angehalten, ihre Vorlesungen durchzuführen.

Mein Bekannter,zusammen mit einem weiteren Kommilitonen,ging in die Vorlesung, die trotz des Streiks stattfinden sollte, um die wenigen dort anwesenden Kommilitonen aufzufordern, sich am Streik zu beteiligen und den streikenden Studenten nicht in den Rücken zu fallen. Dies wollte der Professor jedoch auf keinen Fall zulassen. Er und einige seiner Helfershelfer stürzten sich sofort auf die 2 Genossen, um sie festzuhalten und der Polizei zu übergeben. Als die Genossen sich dagegen zur Wehr setzten, schloß der Professor die Tür zu und schickte jemanden weg, um die Polizei zu holen. Die beiden Genossen jedoch gaben so schnell nicht auf. Sie befreiten sich und kletterten beide kurzentschlossen aus dem Fenster (im ersten Stock). **Sich mit beiden Händen am Fensterrahmen festhaltend wollten sie versuchen, an der Häuserwand herunterzuklettern. Doch sie mußten sich beide plötzlich loslassen, weil der Professor das Kippfenster mit aller Kraft schloß, womit er ihnen die Finger einklemmen wollte. Mein Bekannter hat sich bei diesem Sturz beide Fersen gebrochen und liegt seither (über zwei Monate) im Rollstuhl. In den nächsten Tagen erst wird er vom Gips befreit und kann dann ein wenig auf Krücken umherlaufen.** Hier kann man sehen, daß den Handlangern der Bourgeoisie jedes Mittel recht ist, um den gerechten Kampf der fortschrittlichen Studenten gegen die politische Unterdrückung zu unterdrücken.

Rot Front! Eine Sympathisantin aus Hamburg

NEUMÜNSTER

Liebe Genossen!

Im folgenden möchten wir euch eine Korrespondenz über den Tod eines Altgenossen überreichen. Wir würden uns freuen, wenn ihr sie im nächsten ROTEN MORGEN druckt.

MIT DEM TODE GELD VERDIENEN

Am 25. August verstarb unser Genosse Emil Rode (72). Schon in seiner Jugend kämpfte er als Kommunist und Antifaschist in den Reihen der KPD für die Diktatur des Proletariats. 1973 fand er den Kontakt zur Partei und unterstützte durch Rat und Tat den Kampf für ein unabhängiges vereintes und sozialistisches Deutschland.

Genosse Emil hat sein Leben lang einen konsequenten Kampf gegen die Kirche geführt und ist schon vor Jahrzehnten aus der Kirche ausgetreten. Doch die Folgen sollte seine Frau noch nach seinem Tode zu spüren bekommen: Alles sollte sie doppelt bezahlen. Für ein Grab, das sonst schon ca. 800 DM kostet, sollte sie fast 1600 DM bezahlen und für die Kapelle, wo der Genosse vor der Beerdigung aufgebahrt wurde, mußte sie ebenfalls das Doppelte zahlen. „Nicht einmal sterben kann man, ohne bis auf die Knochen ausgenommen zu werden. Für eine einfache Papierweste mußte ich schon über 50 DM, für die Decke, die ebenfalls nur aus Papier war, über 40 DM bezahlen", erfuhren wir in einem Gespräch mit seiner Frau.

Von Kollegen aus dem Betrieb erfuhren wir, daß selbst die Pastoren nach der Beerdigung mit einer Rechnung ins Haus kommen, um das Geld für eine Taxifahrt zum Friedhof zurückzuverlangen. Allein an diesen kleinen Beispielen kann man erkennen, daß dieser Staat mit samt seinen Institutionen die werktätigen Menschen überall und bis zu ihrem Tod versucht auszubeuten, und daß er nichts anderes verdient als vom gesamten Volk auf den Misthaufen der Geschichte geworfen zu werden.

Wir standen mit geballter Faust an Emils Grab und schworen seinen Kampf zu Ende zu führen.

Rot Front!

SCHWÄBISCHE ALB

Wir hatten in unserem Dorf zwei Grundstücke, die wir von den Großeltern, die Kleinbauern gewesen waren, geerbt hatten.

Im vergangenen Jahr wurde an einem Grundstück eine Straße vorbeigebaut; Kosten für die Anlieger etwa 15 000 DM. Da wir nicht so viel Geld hatten, mußten wir das Grundstück verkaufen.

Mit dem anderen Grundstück, das als Obstwiese und Gemüsegarten genutzt wird, soll es jetzt genauso gehen. Der Gemeinderat hat nach Planung des Landratsamtes beschlossen, eine Straße bauen zu lassen. Die Kosten sollen die Anlieger zahlen, nachdem sie vorher etwa 1/4 ihres Grundstücks für den Straßenbau haben abtreten müssen. Gegen diese Straße haben wir Einspruch eingelegt, einstimmig vom Gemeinderat abgelehnt. Begründung: Das Grundstück hat ja keinen Nutzen! Und weil es nach Meinung des Gemeinderats, der „das Wohl der ganzen Gemeinde im Auge hat" ohne Nutzen ist, darf es ruhig weggenommen werden.

Wenn die Straße gebaut ist, müssen die Anlieger innerhalb von vier Wochen die Kosten bezahlen, wenn sie das Geld nicht haben, müssen sie für teure Zinsen bei Banken leihen oder ihr Grundstück verkaufen. Das ist Enteignung! Von allen Anliegern will nur ein einziger, ein reicher Unternehmer, die Straße haben. Er hat vor kurzem gebaut; für ihn wurde der Bebauungsplan geändert und zwar so, daß die Straße, die nur er wünscht, nicht über sein Gelände führt, sondern über die Obstwiesen und kleinen Gemüsegärten der Nachbarn. **Für ihn wird die Straße gebaut, die Nachbarn bezahlen und müssen für die Straße große Teile ihrer Gärten hergeben.**

Da sieht man, was für eine Demokratie wir haben, für wen geplant wird und wer die Zeche bezahlen muß: kleine Bauern und Arbeiter! Aber es kommt der Tag, an dem wir die Reichen enteignen; dann gehört der Grund und Boden wirklich uns, dem Volk!

Ein Genosse von der Schwäbischen Alb

BOCHUM

Letzte Woche wurde bei Opel in Bochum Bombenalarm gemeldet. Ein anonymer Anrufer kündigte eine Bombenexplosion an. Die Kollegen konnten die Hallen verlassen, eine Bombe existierte aber zum Glück nicht. Das war eine unverschämte Provokation, die nur den Zweck hat, Revolutionäre und Kommunisten, die die revolutionäre Gewalt propagieren, bei den Kollegen zu verleumden. Wahrscheinlich hat die Bourgeoisie den Bombenalarm selbst ausgelöst.

Ein Genosse aus Bochum



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

KEMPTEN

Am 10. 9. stand in Kempten Genosse Otto P. vor Gericht. Er war angeklagt, im September 74 die Betriebszeitung der KPD/ML bei OTT „Der Bohrer" verteilt zu haben. Es ging vor allem um einen Artikel, in dem über den Mord an Genossen Günter und anderen berichtet wurde. (Anklage nach § 90 a) Da die Polizeizeugen der Staatsanwaltschaft sich aber an nichts mehr erinnern konnten, mußte der Genosse „mangels Beweisen" freigesprochen werden. Zum Prozeß waren rund 20 Zuschauer gekommen. Auf einer Veranstaltung am Abend vorher wurden 108 DM gespendet. Ein Genosse der Liga verlas eine Solidaritätsresolution.

DUISBURG

Weil er in einem Prozeß wegen Teilnahme an einer „verbotenen Demonstration" gesagt haben soll, daß Genosse Günter von der Polizei ermordet wurde, stand Genosse Richard D. jetzt erneut vor Gericht. Die Staatsanwaltschaft stützte sich in ihrer Anklage auf einen Hetzartikel in der WAZ, in dem gerade solche Sätze zitiert worden waren. Der Genosse wurde nach drei Verhandlungstagen zu 1500 DM Geldstrafe verurteilt, obwohl sich weder die WAZ-Journalistin Sigrid Borchert, noch die damalige Richterin Bidermann an solche Äußerungen erinnern konnten.

DUISBURG

Am gleichen Tag wurde auch Prof. Schneider aus Frankfurt wegen einer Presseerklärung im Zusammenhang mit der Ermordung des Genossen Günter zu 900 DM Strafe verurteilt. Während des Prozesses waren 3 Genossen der GRF (KPD) festgenommen worden, bei zwei weiteren wurden die Personalien festgestellt. Außerdem ließ die Polizei das Gerichtsgebäude räumen.

AUGSBURG

Weil sie mit einem jungen, schwangeren Mädchen über Zeitungen und Zeitschriften sprach, in denen Adressen ausländischer Kliniken stehen, die Abtreibungen vornehmen, wurde jetzt auf eine Anzeige des Katholikenrats von Augsburg eine Mitarbeiterin einer „pro familia" – Beratungsstelle per Strafbefehl zu 2400 DM verurteilt. Ihre Entlassung steht bevor. Außerdem wurden ein Sozialarbeiter zu 3000 DM, zwei weitere Personen zu je 4000 DM und das Mädchen selbst ebenfalls zu einer hohen Geldstrafe verurteilt.

WEITERE REPRESSALIEN GEGEN DIE GEFANGENEN KÄMPFER DES ROTEN ANTIKRIEGSTAGS

Wie ihm bereits angedroht wurde, ist Genosse Hubert Lehmann aus der Haftanstalt Niederschönfeld verlegt worden. Er befindet sich momentan auf dem Schub nach Aichach bei Augsburg.

Genosse Bernd Reisser wird – wie schon Genosse Hubert – in der Haftanstalt in Ebrach weitgehend isoliert. Er bekam weder die Karten vom Roten Antikriegstag, er bekommt keinerlei Post aus Dortmund und keinerlei Post, die keinen Absender enthält. Genossen, die ihn besuchten, durften ihm keine Bücher mitbringen. Der Besuch fand auch nicht im normalen Besuchsraum statt, sondern in einem Extraraum. Ein Aufseher mit Papier und Stift saß während der gesamten Besuchszeit dabei.

Die Bedingungen in dem Gefängnis, in dem Bernd jetzt ist, sind sehr schlecht. Erst kürzlich ist ein Gefangener von anderen Gefangenen aufgehängt worden! Genosse Bernd ist momentan in einer Einzelzelle.

WICHTIG!

Da uns im letzten ROTEN MORGEN bei der Angabe der Adresse der gefangenen Genossen leider Fehler unterlaufen sind, drucken wir die Adressen hier noch einmal ab.

Hubert Lehmann, z. Zt. auf dem Schub nach Aichach.

Bernd Reisser, 8602 Ebrach, Justizvollzugsanstalt.

Peter Bayer, Darmstadt, Justizvollzugsanstalt,

Hans-Georg Schmidt, 3578 Schwalmstadt, Justizvollzugsanstalt, Paradeplatz 5

PROZESSTERMIN

Am 26. 9. 75, 9 Uhr findet in Duisburg, Amtsgericht, Raum 53 ein Prozeß gegen Genossen Lennart K. aus Kassel statt im Zusammenhang mit dem Trauermarsch zu Ehren des Genossen Günter.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:
Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto:
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547

"Verbotene Uniform"

Am 10. 9. fand in Kiel ein weiterer Prozeß gegen Genossen vom „Roten Sprachrohr-Kiel", dem Agit-Prop-Trupp der KPD/ML, statt. Wir waren angeklagt, bei einer Kundgebung der ROTEN GARDE zum Roten Antikriegstag 74 durch „uniformiertes Auftreten" (weißes Hemd und rotes Halstuch) eine „gemeinsame politische Anschauung" kundgetan zu haben. Das ist nach dem § 3 des Versammlungsgesetzes verboten!

Natürlich wird dieser § nicht gegen bürgerliche Parteien angewandt, wie die FDP, die im letzten Wahlkampf in blaugelber Uniform Propaganda machte und auch auf einer konstituierenden Ratsversammlung im Kieler Rathaus in blau-gelb erschien. Selbstverständlich auch nicht gegen die offenen Faschisten, die kürzlich die Frechheit hatten, in der Kieler Innenstadt in voller Montur vom Kampfstiefel über braune Hemden mit Runenabzeichen (Bund Heimattreuer Jugend) Propaganda zu machen.

Angewandt wird dieser § nur gegen Kommunisten, das zeigt auch schon seine Entstehung 1953 in der Folge des FDJ Verbots, als ein Mittel, den Kampf, den die FDJ nach dem Verbot mutig fortsetzte, zu unterbinden.

Seit über 10 Jahren war dieser § jetzt in der Versenkung verschwunden. Er wurde wieder vorgeholt, weil der Einfluß der Partei mit großen Schritten wächst und die einheitliche Kleidung ihrer AP-Trupps der Bourgeoisie ein Dorn im Auge ist.

In dem ersten Prozeßurteil gegen einen jugendlichen Genossen reden sie von „Massensuggestion". Das allerdings ist eine Sache, die ihnen selbst zusteht und nicht uns Kommunisten, denn das geschlossene Auftreten, das Einheit und Kampfkraft unserer Klasse ausdrückt, hat nichts gemein mit der Betrugspropaganda der Bourgeoisie.

Sie haben Angst, daß auch die Massen das merken, deshalb versuchen sie Schritt für Schritt unsre Propaganda zu verbieten!

Wir wiesen im Prozeß haarklein den Charakter des § 3 nach, brachten mit unseren Beispielen (s. o.) den Berufslügner von der Polizei, „Zeuge" KOK Oppeland (in Kiel inzwischen Standardzeuge) und den Richter ins Schwitzen. Der Kripozeuge erzählte in seiner Aufregung allerdings interessante Sachen:

- Von jeder auf dem Ordnungsamt angemeldeten politischen Veranstaltung erhält sofort die Kripo Nachricht.
- Sie schickt dann – „völlig unabhängig von der politischen Stoßrichtung" – Beobachter.
- Fotographen sind stets in greifbarer Nähe.

Mit seiner Versicherung, das treffe für jede politische Organisation zu, wollte er unsere Anklage entkräften. Aber: gesetzt den Fall, die Kripo ist wirklich bei jeder Kundgebung dabei, um ihren ordnungsgemäßen Verlauf zu überprüfen, dann wird hiermit offiziell bestätigt, daß der Staat eine Anzeige wegen dem § 3 nur bei Kommunisten für nötig hält.

Natürlich wurden wir verurteilt, obwohl der Zeuge nicht einmal alle einwandfrei indentifizieren konnte und er einige Fotos verwechselte.

Die Unglaubwürdigkeit des „Zeugen" und der Staatsanwaltschaft kommt auch darin zum Ausdruck, daß auch Leute eine Anzeige bekamen, die nachweislich zu diesem Zeitpunkt gar nicht in Kiel waren. Das Urteil: Für jeden Genossen 10 Tagessätze (richten sich nach dem Einkommen), d. h. Strafen von 100, 150 und 550 DM. **Für den Wiederholungsfall wurden erheblich höhere Geldstrafen und Haft bis zu 2 Jahren angedroht!**

Zur Urteilsbegründung ließ der Richter uns mit Polizeigewalt am Verlassen des Raumes hindern!

Dieser Angriff auf das Rote Sprachrohr ist von großer Bedeutung, denn er reiht sich ein in die Versuche, die Agitation und Propaganda der Partei systematisch zu verbieten. Heute sind es die roten Halstücher, wenn werden es die roten Fahnen sein? Wir aber werden uns die Halstücher nicht verbieten lassen!

Rot Front! Rotes Sprachrohr-Kiel

Prozeß gegen 4 türkische Patrioten in Köln

Sie brauchen unsere Solidarität

Am 16.9.75 begann vor der 1. großen Strafkammer des Landgerichts in Köln unter dem Vorsitz von Richter Somoskoey der Prozeß gegen die türkischen Patrioten Ömer Özerturgut, Mustafa Tutgun, Hatice Yourtas und Yüksel Urgulu.

Nachdem schon in Frankfurt die türkischen Patrioten Subasi und Dagheli wegen Mitgliedschaft einer kriminellen Vereinigung angeklagt waren, (sie mußten in diesem Punkt freigesprochen werden) sollen jetzt erneut vier türkische Patrioten verurteilt werden, weil sie angeblich Mitglieder der Patriotischen Einheitsfront (PEF), einer „kriminellen Vereinigung" sind.

Die Anklageschrift wirft ihnen vor, Mitglieder der PEF zu sein und behauptet, die PEF sei eine Auslandsorganisation der Türkischen Arbeiter- und Bauern-Partei. „Kriminell" ist nach Ansicht der Staatsanwaltschaft an dieser Organisation, daß sie das Ziel verfolgt, auf dem Weg eines gewaltsamen bewaffneten Umsturzes in der Türkei eine Volksrepublik nach „maoistischem" Vorbild zu errichten. Die Angeklagten sollen zur Unterstützung dieses Ziels Waffen für den Kampf in der Türkei beschafft und Sabotageakte geplant haben.

Worauf stützt sich die Anklage? Hauptsächliches Beweismaterial sind neben Angaben des türkischen Geheimdienstes MIT marxistisch-leninistische Schriften, die bei den Angeklagten gefunden wurden. So die chinesische Publikation „Tunnelkrieg" (übrigens vor einiger Zeit im Fernsehen gesendet), ein Artikel aus der „Peking Rundschau" „Warum ist es notwendig, Weltgeschichte zu studieren?", Lenin „Über die nationale Befreiungsbewegung" usw. Diese Schriften zusammen mit dem Buch von einem schweizer Militär sind die Hauptbeweismittel der Anklage.

Diese Anklagepunkte beweisen eindeutig, hier geht es nicht um einen Prozeß wegen irgendwelcher „Straftaten", hier geht es um einen Prozeß gegen den Marxismus-Leninismus selbst.

Nicht zufällig führt diesen Prozeß der Richter Somoskoey, der sich durch Terror gegen französische Antifaschisten und Kommunisten einen Namen gemacht hat. Zwei Monate vor Prozeßbeginn ließ Somoskoey die Angeklagten, die teilweise schon seit 17 Monaten in Haft sind, isolieren. Der erste Prozeßtermin wurde wieder verschoben, weil ihm die „Sicherheitsmaßnahmen" immer noch nicht ausreichend erschienen. Jetzt sind im Gerichtssaal die Fenster mit Metallrahmen und panzersicherem Glas ausgerüstet, Verteidiger und Zuschauer müssen sich durchsuchen lassen, wenn sie in den Gerichtssaal wollen. usw.

Eine andere „Sicherheitsmaßnahme des Gerichts besteht darin, daß er Verteidiger und Angeklagte möglichst überhaupt nicht zu Wort komme läßt und schon gar nicht dann, wenn sie es wollen. So konnten bis zur Verlesung der Anklageschrift weder die Verteidiger noch die Angeklagten ein Wort sagen. Den Verteidigern, die sich gleich zu Beginn der Verhandlung meldeten, wurde erklärt, sie hätten jetzt nicht das Wort, sie würden auf eine Rednerliste gesetzt und dann aufgerufen! Die Angeklagten haben zwar das Recht, Anträge zu stellen, aber Richter Somoskoey hat ihnen angedroht, daß er bei jedem Antrag das Verfahren abtrennen werde. Und das ist auch geschehen. Zwei der Angeklagten haben bisher Ablehnungsanträge an das Gericht gestellt, beide sind draufhin in den Gewahrsam des Gerichts gekommen und werden an dem Verfahren erst wieder teilnehmen, wenn über ihre Anträge entschieden ist.

Eine dritte „Sicherheitsmaßnahme" des Gerichts ist die Bestimmung von Zwangsverteidigern. Der Angeklagte Tutgun hat in seinem Befangenheitsantrag enthüllt, was es mit diesen auf sich hat. Der eine der der beiden Zwangsverteidiger kam zu ihm ins Gefängnis und drohte ihm, als er sich weigerte, mit ihm zu sprechen: „Wenn Sie nicht mit mir reden, gibt es auch noch das Mittel der Zwangspsychiatrisierung." Weiter erklärte er, er sei an sich Steuerfachmann (!) und stehe politisch rechts! Der andere Zwangsverteidiger, Jochum, ist SPD-Funktionär und kam im Mai 1974, nach der Verhaftung von Tutgun zu ihm und erklärte, er reise jetzt in die Türkei, ob er dort Freunde grüßen solle! Bezeichnend ist für diesen Verteidiger weiterhin, daß er sich nie bei dem Angeklagten blicken läßt, aber jedesmal, wenn Beamte des Bundeskriminalamtes dort waren, erscheint und Tutgun auffordert, doch auszusagen.

Trotz des Terrors aber, trotz der erneuten Isolierung der Angeklagten zwei Monate vor dem Prozeß, führen sie einen gemeinsamen und mutigen Kampf. Sie haben ihre Isolation aufgedeckt, sie haben erklärt, daß dieses Gericht für sie sowieso kein Recht sprechen kann. Einer der Angeklagten hat erklärt, daß er zwar nicht Mitglied der PEF ist, daß er aber Marxist-Leninist ist und für den Marxismus-Leninismus kämpfen wird. Unterstützen wir die angeklagten türkischen Patrioten in ihrem Kampf! Kämpfen wir gegen die Angriffe auf den Marxismus-Leninismus!

Hier noch einmal die Prozeßtermine: Im September am: 30., im Oktober am: 2., 6., 8., 10., 14., 16., 20., 22., 24., 28., 30., im November am: 3., 5., 7., 11., 13., 17., 21., 25., 27., im Dezember am: 1., 3., 5., 9., 11., 15., 17. und 19.

Prozeß gegen Gen. H. Brenner



In dieser Woche begann in Duisburg der Prozeß gegen den Genossen Hanfried Brenner. 9 Anklagen hat die Staatsanwaltschaft zusammengezogen. Der Prozeß ist offensichtlich darauf angelegt, den Kommunisten Hanfried Brenner, bei dessen Arbeitsgerichtsprozeß gegen die Mannesmann-Kapitalisten unser Genosse Günter Routhier von der Polizei ermordet wurde, ins Gefängnis zu bringen. Wie auch beim Prozeß gegen Günters Sohn Pit, der zu 7 Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt wurde, werden von der bürgerlichen Klassenjustiz Günters Mörder als Zeugen aufgeboten. Und sie sind gut präpariert. Frank und frei offenbaren die Polizeizeugen ihre intime Kenntnis der Akten.

Der Richter geht mit Drohungen gegen den angeklagten Genossen und seinen Verteidiger vor. Aber Genosse Brenner entlarvte vor Gericht klar, daß Genosse Günter Routhier einem geplanten systematischen Terroreinsatz der Polizei zum Opfer fiel. Das machte auch noch einmal die Aussage eines Polizeizeugen, des Chefs der Duisburger politischen Polizei, deutlich. Er gab vor Gericht an, daß der Polizeieinsatz im Duisburger Arbeitsgericht eine Reaktion auf die erfolgreiche Vertreibung von Polizeispitzeln während der Roten Mai-Demonstration 1974 in Duisburg war. Diese Aussage beweist erneut: Der Terroreinsatz im Duisburger Arbeitsgericht, durch den Genossen Günter ermordet wurde, war von langer Hand geplant.

Prozeß gegen die "Rote Fahne"

Am 16.9.75 fand vor dem Dortmunder Amtsgericht ein Prozeß gegen den ehemaligen Leiter des Reaktionskollektivs der „Roten Fahne", Zentralorgan der GRF (KPD), Christian Semler, statt. Er war angeklagt nach § 90 a (Verächtlichmachung der BRD) und § 130 (Volksverhetzung), weil in zwei Nummern der „Roten Fahne" vom letzten Jahr der Mord an Genossen Günter Routhier und anderen Opfern des Polizeiterrors angeprangert und gezeigt wurde, daß das keine Einzelfälle sind.

Der vorsitzende Richter gab sich ausgesprochen liberal. Welcher Wert aber solchen „freundlichen Umgangsformen" beizumessen ist, zeigte sich daran, daß alle Beweisanträge der Verteidigung abgelehnt wurden mit der Begründung, hier ginge es um Werturteile, Tatsachen spielten da keine Rolle.

Staatsanwalt Greiser forderte anschließend in seinem Plädoyer eine Geldstrafe von 3 000 DM und die Einziehung der beiden Nummern der „Roten Fahne". In seinem Urteil sah sich der Richter genötigt, die Anklage auf Volksverhetzung fallenzulassen. Er verhängte 800 DM Geldstrafe und die Einziehung der „Roten Fahnen". (Die Geldstrafe in den vorausgegangen Strafbefehlen hatte zusammengenommen 4 000 DM betragen.)

Unter 'linken' Losungen

Verharmlosung des russischen Sozialimperialismus

Die Kieler Rede des Genossen Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, „Kampf der wachsenden Kriegsgefahr durch die zwei Supermächte! Für die Einheit und Solidarität der europäischen Völker!" hat die Diskussion innerhalb der revolutionären Bewegung unseres Landes über den Weg der proletarischen Revolution in Deutschland vorangetrieben. Wie das Präsidium unserer Partei feststellte, sind zwei opportunistische Strömungen aufgetreten. Wir sind in der letzten Zeit in mehreren Artikel auf die sozialchauvinistische Strömung eingegangen, die die Notwendigkeit des Kampfes gegen die beiden Supermächte als Vorwand benutzt, um den Burgfrieden mit dem westdeutschen Imperialismus und das Bündnis mit dem US-Imperialismus zu propagieren. Wir wollen jetzt noch einmal auf einige Argumente der Vertreter der anderen Strömung eingehen, die hauptsächlich dadurch gekennzeichnet ist, daß sie sich schützend vor den russischen Sozialimperialismus stellt und die Einheit mit dem modernen Revisionismus sucht.

Wichtigste Vertreter dieser opportunistischen Strömung sind der KBW, der KABD, der Münchener Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, der KB Nord. Bei allen Unterschieden ist diesen Organisationen gemeinsam, daß sie unsere Partei als sozialchauvinistisch angreifen, während sie gleichzeitig bei jeder Gelegenheitrit das Bündnis mit dem modernen Revisionismus suchen.

Die Linie der Partei wird verfälscht

Informiert man sich lediglich aus der „Kommunistischen Volkszeitung" des KBW, der „Roten Fahne" des KABD usw. über die Linie unserer Partei, so muß man tatsächlich zu der Auffassung gelangen, unsere Haltung zum Kampf gegen die beiden Supermächte sei falsch. Das liegt daran, daß dort nicht offen und ehrlich der ideologische Kampf, die Auseinandersetzung mit den Ansichten der Partei geführt wird, sondern daß dort die Linie der KPD/ML in grundlegenden Fragen verfälscht wird und dann gegen die frei erfundenen Positionen vom Leder gezogen wird.

So behaupten KBW und KABD gemeinsam, Genosse Ernst Aust hätte mit der Einheitsfront gegen die beiden Supermächte ein Bündnis mit der westdeutschen Monopolbourgeoisie propagiert, obwohl Genosse Ernst Aust in Kiel ausdrücklich festgestellt hat, daß diese Einheitsfront sich auch gegen den westdeutschen Imperialismus richten muß. So wird behauptet, Genosse Ernst Aust hätte die Stärkung und das sich Stützen auf die imperialistische Armee gefordert, obwohl der Vorsitzende unserer Partei sehr ausführlich auf die Rolle der imperialistischen Armee eingegangen ist, ihren volksfeindlichen Charakter klar herausgestellt hat und die Notwendigkeit der Bewaffnung des Volkes aufgezeigt hat. So wird unterstellt, Genosse Ernst Aust hätte erklärt, die Interessen der sozialistischen Revolution müßten dem Kampf für die nationalen Interessen untergeordnet werden, obwohl in der Kieler Rede mehrfach – wie auch in der Erklärung unseres Zentralkomitees zur nationalen Frage – festgestellt wird, daß der Kampf für die nationalen Interessen unseres Volkes nicht losgelöst von der sozialistischen Revolution gesehen werden darf.

Weil solche Verfälschungen aber jedem auffallen müssen, der die Interpretation mit dem Original vergleicht, wird „vorbeugend" festgestellt, daß sie sich natürlich nicht wörtlich in den Dokumenten der Partei befinden, sondern den raffiniert verdeckten Sinn des Ganzen darstellen. So schreibt Genosse H.-J. Hager im theoretischen Organ des KBW (2/3, S. 142): *„Aust, mit allen Wassern gewaschen, läßt am Schluß seiner Rede nicht offen den Aufruf der Vaterlandsverteidigung heraus."* Und der KABD muß in seinem Zentralorgan „Rote Fahne" 19/75 feststellen, daß der angebliche *„Rechtopportunismus"* der KPD/ML *„verdeckt"* ist.

Ein anderer Taschenspielertrick: man stellt im Vorspann fest, daß die KPD/ML und ihr Vorsitzender sozialchauvinistische Positionen verbreiten, um in dem folgenden Artikel sich nicht etwa mit unserer Partei, sondern mit Veröffentlichungen anderer Organisationen zu befassen, in denen tatsächlich rechtsopportunistische Positionen vertreten werden.

Auf diese Weise wird ein grundlegendes Mißtrauen gegenüber der KPD/ML geschürt nach dem Motto „Glaubt ihnen kein Wort". Berücksichtigt man, daß die gleichen Organisationen auf der anderen Seite immer wieder aufrufen, die modernen Revisionisten „beim Wort zu nehmen" und sie an ihre eigentlichen Aufgaben zu erinnern, so sieht man, daß es ihnen mit ihren Angriffen gegen die Positionen der Partei nicht um einen Beitrag zum Kampf gegen die Supermächte auf einer revolutionären Grundlage geht, sondern darum, den Marxismus-Leninismus und die Partei zu diffamieren.

Versöhnung mit dem modernen Revisionismus

Aber gehen wir auf einige der Argumente ein, die von den Vertretern dieser Strömung in Erwiderung auf die Kieler Rede des Genossen Ernst Aust vorgebracht werden. Genosse Ernst Aust zitierte folgende Ausführungen Stalins: ***„Früher pflegte man an die Analyse der Voraussetzung der proletarischen Revolution vom Standpunkt des ökonomischen Zustandes dieses oder jenes einzelnen Landes heranzugehen. Jetzt ist diese Art der Herangehens bereits unzulänglich. Jetzt muß man an diese Frage vom Standpunkt des ökonomischen Zustandes aller Länder oder ihrer Mehrheit, vom Standpunkt des Zustandes der Weltwirtschaft herangehen . . ."*** Dem stellt die „Rote Fahne" des KABD (13/75) entgegen: *„Sie* (die KPD/ML – RM) *stellen mehr oder weniger treffend Entwicklungen auf internationaler Ebene fest – und schon haben sie auch die Hauptaufgaben für die BRD."*

Natürlich hat Genosse Ernst Aust keineswegs schematisch aus der internationalen Lage die Hauptaufgabe für unser Land abgeleitet. Er hat – entgegen der Gerüchtemacherei der KVZ, der Roten Fahne etc. – die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in ganz Deutschland als strategisches Ziel bestimmt. Er hat die wichtigsten Besonderheiten der Situation in Westdeutschland, die Aufteilung Deutschlands in die Einflußsphären der beiden Supermächte, die Rolle der westdeutschen Monopolbourgeoisie usw. benannt. Entscheidend ist, daß, wie Genosse Stalin feststellt, die Entwicklung der Widersprüche in einem Land gar nicht mehr bestimmt werden kann, ohne Berücksichtigung der internationalen Lage. Wie will man denn die Frage klären, ob die Bedeutung der in Westdeutschland stationierten US-Truppen sich von der der britischen Besatzertruppen unterscheidet, wenn nicht aufgrund der Analyse der internationalen Lage. Wie absurd es ist, z. B. die Rolle des westdeutschen Imperialismus losgelöst von der Analyse der internationalen Lage klären zu wollen, zeigt sich an einem anderen Punkt, wo Genosse Hager Ernst Aust „widerlegt". Ernst Aust sagt: *„Heute nach der kapitalistischen Entartung der Sowjetunion könnte man hinzufügen, verkauft die Bourgeoisie die Unabhängigkeit der Nation nicht nur für Dollar, sondern auch für Rubel."* Genosse Hager erwidert: *„Nicht die Unabhängigkeit der Nation wird für Rubel preisgegeben, sondern die herrschende Klasse der Nation in Westdeutschland, die Bourgeoisie, schickt sich an, gute Geschäfte mit der Sowjetunion zu machen, trägt dazu bei, sich selber zu stärken gegenüber den anderen imperialistischen Konkurrenten und strebt mit einem gewissen Erfolg an, in die Märkte Osteuropas einzudringen und verschiedene Staaten teilweise in Abhängigkeit von sich zu bringen. Diese Geschäfte sind zweifellos eine Stärkung der eigenen Bourgeoisie und tragen zur Unterhöhlung der Selbstständigkeit der östlichen Staaten Europas bei."* (S. 140).

Wer natürlich der Meinung ist, daß die DDR, Polen usw. trotz der wirtschaftlichen Abhängigkeit und Ausplünderung durch die Sowjetunion, trotz der sowjetischen Truppen und Panzer, die in ihren Ländern die Politik der russischen Sozialimperialisten durchsetzen, selbstständige Länder sind, wer also leugnet, daß die Sowjetunion diese Länder als eine **imperialistische Macht** ausbeutet und unterdrückt, der fällt natürlich auch auf den Köder der „guten Geschäfte" herein, mit dem die russischen Sozialimperialisten die westdeutschen Imperialisten locken, um so ihr Ziel, Westdeutschland eines Tages zu einer zweiten DDR zu machen, zu erreichen. Die „konkrete Analyse" dient also nur dazu, offenkundige Tatsachen in einer Art und Weise falsch zu interpretieren, die das Wesen des russischen Sozialimperialismus beschönigt. Das zeigt sich auch an anderer Stelle.

So heißt es auf Seite 133: *„Im zweiten Abschnitt seiner Rede, überschrieben „der sowjetische Sozialimperialismus – Hauptfeind der Völker", entwickelt Ernst Aust die neuartige Auffassung, daß der Sozialimperialismus der Hauptfeind der Völker sei. Damit leugnet er den wissenschaftlichen Begriff der Supermächte und die Behandlung der USA und der SU als Supermächte. . . . Natürlich findet zwischen ihnen heftige Rivalität statt und versucht eine jede, die andere zu schlagen und ins Hintertreffen zu bringen. Zweifellos ist es auch so, daß die Supermacht USA schwere Schläge erlitten hät, hingegen die SU eine aufstrebende Supermacht ist. Wie kann aus all dem gefolgert werden, daß die eine Supermacht kein Hauptfeind der Völker mehr ist und nur noch die andere?"* Hager „begründet": Hauptfeind und Supermacht sind zwei Worte für dieselbe Sache. Wenn es zwei Supermächte gibt, dann gibt es auch zwei Hauptfeinde, wenn mann eine Supermacht zum Hauptfeind erklärt, leugnet man, daß die andere eine Supermacht ist. Und um der Sache wenigstens einen Anstrich von Plausibilität zu verleihen, unterstellt man dem Vorsitzenden unserer Partei einfach, er hätte in Kiel ja erklärt, man müsse nicht beide Supermächte, sondern nur den Hauptfeind bekämpfen. Hager stört es offenbar nicht, daß sein „ehernes Gesetz" der zwei Hauptfeinde gegen Lenins Lehre von der Ungleichmäßigkeit der imperialistischen Entwicklung verstößt. Es berührt ihn offensichtlich auch nicht weiter, daß die chinesischen Genossen wiederholt erklärt haben, daß es zwischen den beiden Supermächten keinen Stillstand und kein Gleichgewicht geben kann.

Auch bei dieser „konkreten Analyse" geht es im Kern darum, den russischen Sozialimperialismus in Schutz zu nehmen. Hager schreibt: *„Das heißt, den US-Imperialismus gewaltig zu unterschätzen."* Wir wollen erst einmal feststellen, daß Genosse Ernst Aust die Gefährlichkeit des US-Imperialismus und die Notwendigkeit, ihn in der gleichen Weise wie den russischen Sozialimperialismus zu bekämpfen, klar herausgestellt hat. Allerdings ist es richtig, daß Genosse Ernst Aust einen weitaus größeren Teil seiner Rede der Entlarvung des russischen Sozialimperialismus gewidmet hat. Und das hat allerdings seinen guten Grund.

Der aggressive Charakter des US-Imperialismus wird von großen Teilen der Werktätigen unseres Landes durchschaut. Anders verhält es sich dagegen mit dem russischen Sozialimperialismus. Zwar gilt auch ihm der Haß der Mehrheit der Werktätigen, weil er die Völker der Sowjetunion und der von ihm beherrschten revisionistischen Länder blutig unterdrückt, aber sein aggressiver, kriegstreiberischer Charakter wird nur von einem kleineren Teil erkannt. Hier herrschen große Illusionen. Vor allem hervorgerufen durch die Propaganda des westdeutschen Imperialismus im Rahmen der „neuen Ostpolitik". Die Tatsache, daß vor der revisionistischen Entartung der Sowjetunion nur Reaktionäre gegen die Sowjetunion waren, wird heute gegen die Arbeiterklasse und die Marxisten-Leninisten ausgenutzt. Heute stempelt die bürgerliche Propaganda jeden als reaktionär ab, der seine Feindschaft gegenüber den neuen Zaren im Kreml und ihren Vasallen in der DDR öffentlich äußert und ihre „Entspannungslügen" bekämpft.

Und diese Propaganda der Bourgeoisie wird nicht nur durch die bürgerliche Presse unter den Werktätigen verbreitet, sondern wird durch DGB-Funktionäre, Sozialdemokraten und D„K"P-Revisionisten in die Gewerkschaftsversammlungen, in die Betriebe getragen. **Es ist die Pflicht der Marxisten-Leninisten, dieser reaktionären Propaganda energisch entgegenzutreten. Wer das nicht tut, unterstützt diese Propaganda, arbeitet dem russischen Sozialimperialismus, dem modernen Revisionismus und dem westdeutschen Imperialismus in die Hände und trägt dazu bei, daß keine Klarheit über den aggressiven Charakter des russischen Sozialimperialismus, über die Rivalität der beiden Supermächte und die daraus resultierende Kriegsgefahr entsteht.** Das steckt in Wirklichkeit hinter dem Gerede von der „Verharmlosung des US-Imperialismus".

Der Zweck dieser Verharmlosung des russischen Sozialimperialismus liegt auf der Hand. Jahrelang haben diese Organisationen versucht, den Marxismus-Leninismus mit dem modernen Revisionismus zu versöhnen, ihre ganze Politik ist darauf gerichtet, die Einheit mit den D„K"P-Revisionisten zu suchen. Der weltweite Aufschwung des Kampfes gegen den russischen Sozialimperialismus droht ihnen nun den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Sie stehen am Scheideweg: Marxismus-Leninismus und moderner Revisionismus lassen sich durch keine „konkrete Analyse" miteinander versöhnen. Sollten die führenden Genossen nicht die Kraft haben, das Steuer herumzureißen und einen klaren Trennungsstrich zum modernen Revisionismus zu ziehen, – die revolutionären Mitglieder dieser Organisationen werden sie finden.

Angst vor der proletarischen Revolution

Daß die Versöhnung mit dem modernen Revisionismus gleichbedeutend ist mit der Angst vor der proletarischen Revolution wird deutlich, wenn man sieht, wie die „konkrete Analyse" des KABD aussieht, mit der er dem angeblichen „Schematismus" unseres Parteivorsitzenden entgegentritt. So heißt es in der „Roten Fahne" 13/75: *„Wie der KABD im REVOLUTIONÄREN WEG Nr. 14 entwickelt hat, werden die Arbeiter von wirtschaftlichen zu politischen Forderungen übergeben, werden sich die Bedingungen für eine höhere Etappe des Klassenkampfes mehren, vorausgesetzt, daß die Kommunisten diese Gesetzmäßigkeiten zu nutzen verstehen."* Mit anderen Worten, in der jetzigen Etappe des Klassenkampfes dürfen die Arbeiter nur für wirtschaftliche Forderungen kämpfen, erst in der nächsten Etappe des Klassenkampfes kommen die politischen dran. Da kann man verstehen, daß die Kieler Rede unseres Vorsitzenden nicht ins ökonomistische Konzept paßt.

Und auch KBW-Genosse Hager schreibt zum Schluß seines Artikels: *„ . . . daß der Vorsitzende der Gruppe Roter Morgen die Aufgaben seiner Organisation ausdrücklich einschränkt und beschränkt darauf, ‚die Notwendigkeit der Revolution zu propagieren.' So legt er die Organisation darauf fest, im Interesse des Burgfriedens mit der eigenen Bourgeoisie nicht mehr den Klassenkampf in allen seinen Erscheinungsformen und Fronten aktiv zu führen, zu organisieren, zu leiten, sondern nur noch dessen Notwendigkeit zu propagieren."*

Man höre und staune: weil Genosse Ernst Aust die Notwendigkeit der proletarischen Revolution propagiert, tritt er für den Burgfrieden mit der eigenen Bourgeoisie ein. Die Volksentscheid-Kampagne gegen den §218 ist dagegen offensichtlich ein Beispiel für die vorbildliche Führung, Leitung und Organisierung des Klassenkampfes durch den KBW: dabei verfällt der KBW allerdings nicht in den Fehler, die Notwendigkeit der proletarischen Revolution zu propagieren. Stattdessen: Einheit mit den modernen Revisionisten und dem imperialistischen DGB-Apparat und reformistischer Betrug (*„Volksentscheid bedeutet vor allen Dingen Entmachtung des bürgerlichen Staatsapparates. Wenn auch vorerst nur in einzelnen Fragen"* – aus einer Publikation des Koblenzer KBW)

Das ist allerdings kein Unterschied mehr zu der von den Revisionisten betriebenen Politik der Klassenversöhnung und der Ersetzung der Propagierung der Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution durch die „Theorie des friedlichen Weges zum Sozialismus". Was den unerhörten Vorwurf betrifft, Genosse Ernst Aust sei für den Burgfrieden mit der westdeutschen Monopolbourgeoisie eingetreten, weil er die Partei auf die Notwendigkeit der Propagierung der proletarischen Revolution „beschränkt" habe, halten wir dem Genossen Hager folgenden Ausspruch Lenins an die Adresse Kautskys entgegen: ***„Er hat auch keinen Schimmer von Verständnis für die Wahrheit, daß sich ein revolutionärer Marxist von einem Spießer und Kleinbürger dadurch unterscheidet, daß er es versteht, unter den unwissenden Massen die Notwendigkeit der heranreifenden Revolution zu propagieren, ihre Unvermeidlichkeit nachzuweisen, ihren Nutzen für das Volk klarzumachen, das Proletariat und die gesamten werktätigen und ausgebeuteten Massen auf sie vorzubereiten!"*** (Bd. 28, S. 291)

Zur Vorbereitung der Arbeiterklasse und der gesamten werktätigen Massen auf die proletarische Revolution aber gehört unabdingbar hinzu, daß wir den Massen erklären, daß der proletarischen Revolution in Deutschland nicht nur der westdeutsche Imperialismus als unversöhnlicher Feind gegenübersteht, sondern daß die gefährlichsten Feinde die beiden Supermächte sind, vor allem der russische Sozialimperialismus. Ohne diese beiden größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker zu schlagen, kann der Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland nicht siegen.

Auf der 7. UNO-Sondertagung in New York

Vereint kämpfen, weiter vorwärtsmarschieren!

Vor kurzem fand die 7. Sondertagung der UNO-Vollversammlung statt. An der Tagung nahmen Vertreter der mehr als 130 Mitgliedsstaaten der UNO, Beobachter einiger Länder und Vertreter von Befreiungsbewegungen und internationalen Organisationen teil. Auf der Sondertagung wurden Fragen der internationalen Wirtschaft erörtert. Der Leiter der chinesischen Delegation und der Leiter der albanischen Delegation brachten in ihren Redebeiträgen zum Ausdruck, daß diese Sondertagung in einer Situation stattfindet, in der sich die Widersprüche weiter verschärft haben, in der die internationale Lage gewaltige, für die Völker der Welt günstige Veränderungen erfahren hat. Die revolutionären Kämpfe der Völker der dritten Welt sind heute die Hauptkraft im Kampf der Völker der Welt gegen den Imperialismus geworden. Das zeigte sich auch auf dieser Sondertagung, die bestimmt wurde vom Kampf der Länder der dritten Welt gegen die sterbende alte Ordnung und für die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung. Wir drucken im Folgenden einen Hsinhua-Bericht über diese Tagung ab.

Im Verlauf der Generaldebatte der 7. Sondertagung der UNO-Vollversammlung haben die Vertreter von zahlreichen Staaten der dritten Welt auf ihrem antikolonialistischen, antiimperialistischen und antihegemonistischen Standpunkt beharrt und einen unbeugsamen Kampf im Bereich der internationalen Wirtschaft geführt.

Die mächtigste Stimme im Verlauf dieser Sitzung war die des Widerstandes gegen Kontrolle, Ausplünderung und Ausbeutung, war die Forderung nach einer unabhängigen Entwicklung der Wirtschaft im Vertrauen auf die eigene Kraft.

In den Reden der Vertreter von Entwicklungsländern aus Asien, Afrika und Lateinamerika konnte man feststellen, daß zahlreiche Personen immer klarer verstehen, daß die ständige Unterdrückung und Ausbeutung durch Imperialismus, Kolonialismus, Neo-Kolonialismus und Hegemonismus die Ursache für die Armut und Rückständigkeit der Entwicklungsländer und gleichzeitig das größte Hindernis für die Entwicklung einer nationalen Wirtschaft ist.

Wie festgestellt wurde, sind die beiden Supermächte die größten internationalen Ausbeuter und Plünderer in der heutigen Welt.

In 16 Jahren, von 1958 bis 1973, weist die Außenhandelsbilanz der USA im Handel mit den Entwicklungsländern 28,1 Milliarden Dollar aus. Die Sowjetunion ihrerseits, die mit allen Mitteln Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte aus den Ländern der dritten Welt raubt, weitet ihre Handelsbilanz mit den Entwicklungsländern jeden Tag weiter aus. Diese Tatsachen haben dazu geführt, daß die Entwicklungsländer sehen, daß es gegenwärtig das Hauptproblem der Entwicklungsländer ist, gegen die Kontrolle, die Ausplünderung und Ausbeutung durch den Imperialismus, besonders die beiden Supermächte zu kämpfen, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die auf Kontrolle, Ausplünderung und Ausbeutung basieren, vollständig zu zerschlagen und eine neue internationale Wirtschaftsordnung zu errichten.

In ihren Reden haben viele Vertreter von Entwicklungsländern zahlreiche Tatsachen angeführt, um das alte Wirtschaftssystem zu verurteilen, das die Entwicklungsländer in Ausbeutung und Unterdrückung hält. So haben zum Beispiel die Länder der dritten Welt, die 70% der Erdbevölkerung ausmachen, nicht mehr als 30% der Einkünfte der Welt. Nach statistischen Angaben haben die Länder der dritten Welt von 1951 bis 1972 122 269 Milliarden Dollar durch ungleichen Handel verloren. Diese Zahl enthält mehr als 51 469 Milliarden Dollar, die auf dem weltweiten Ansteigen des Exports der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas beruhen.

Es erregte im Verlauf der Debatte große Aufmerksamkeit, daß eine Anzahl von Ländern der dritten Welt die Notwendigkeit unterstrich, eine nationale Wirtschaft aus eigenen Kräften vollständig unabhängig aufzubauen. Der algerische Delegierte betonte, daß die dritte Welt das Prinzip, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen als die Grundlage für jede Strategie für den Aufbau ansehen muß. Die Delegierten von Tansania, Madagaskar, Malaysia, Kambodscha und anderen Ländern haben auf der Bedeutung der Entwicklung einer nationalen Wirtschaft im Vertrauen auf die eigene Kraft beharrt. Sie haben die Bedeutung der Entwicklung der Landwirtschaft und der Ausweitung des Getreideanbaus unterstrichen.

Zahreiche Länder der dritten Welt haben eine Reihe von gerechten und vernünftigen Vorschlägen über den internationalen Handel, Finanzen und Geld, Industrialisation, Wissenschaft und Technik, Getreideanbau und Landwirtschaft unterbreitet. Sie sind entschieden dafür eingetreten, daß alle Länder, große und kleine, bei den internationalen Wirtschaftsbeziehungen gleichberechtigt sein sollen. Sie wollen das Recht auf die Souveränität der Wirtschaft gegen die Manipulation und die Kontrolle durch das ausländische Kapital, besonders durch die „Transnationalen Gesellschaften" verteidigen. Sie traten dafür ein, daß der internationale Handel sich auf der Basis der Gleichheit, des gegenseitigen Nutzens und Austausches zur Versorgung der gegenseitigen Bedürfnisse vollzieht. Mit einem Wort, sie wollen eine radikale Änderung auf dem internationalen Wirtschaftsgebiet.

Der Kampf der Länder der dritten Welt, um das alte internationale Wirtschaftssystem zu verändern, versetzt den grundlegenden Interessen der Supermächte einen Schlag.

Sie zetteln deshalb Komplotte an, um die Sitzung zum Scheitern zu bringen. Der Delegierte der einen Supermacht griff zu der alten Leier von „Entspannung" und „Abrüstung" in dem vergeblichen Versuch, die Konferenz zu verwirren. Er setzte sich energisch dem vereinten Kampf der dritten Welt entgegen, er forderte von den Entwicklungsländern, sie sollten mit ihr zusammenarbeiten, die „Internationale Arbeitsteilung" mit ihr eingehen und forderte sie auf, ihr gegenüber keine „Diskriminierung" anzuwenden usw. Der Delegierte der anderen Supermacht gab sich alle Mühe, die Entwicklung mit Täuschungsmanövern zu spalten. Er säte Zwietracht zwischen den Ländern der dritten Welt. Er gab vor, daß die aktuelle Wirtschaftskrise in der Welt zurückzuführen sei auf die Preissteigerungen für Öl durch die erdölproduzierenden Länder.

Diese Lügen und das schändliche Handeln der Supermächte wurden von den Vertretern der Länder der dritten Welt ohne Pardon zurückgewiesen. Der Vertreter von Burundi wies daraufhin, daß die Aufrüstung ein wichtiges Merkmal der großen Mächte ist, die ihre Hegemonie in der Welt aufrechterhalten wollen. Um die Aufrüstung zu beenden, muß man, was die großen Mächte angeht, die Wurzel der Spannung in der Welt ausrotten. Mehrere Delegationen stellten fest, daß die großen Mächte zwar von Abrüstung reden, aber in Wirklichkeit einen Aufrüstungskurs betreiben. Der Vertreter Guyanas unterstrich in seiner Rede: „Es wird keine tatsächliche Zusammenarbeit geben, wenn nicht auf der Grundlage der gleichberechtigten Beziehungen. Der Sinn der Zusammenarbeit darf nicht eine neue Form der Abhängigkeit sein oder eine jetzt bestehende Form haben."

Der Vertreter von Kuweit wies daraufhin, daß gesagt worden war, die Wirtschaftskrise rühre von der willkürlichen Anhebung der Preise, die durch die erdölexportierenden Länder monopolisiert würden. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Dank ihrer Maßnahmen haben die erdölexportierenden Länder eine Ungerechtigkeit beseitigt, die seit 20 Jahren besteht.

Um die Manöver der Supermächte, die Konferenz zu sabotieren und Zwietracht unter den Ländern der dritten Welt zu säen, zu begegnen, bildeten die Länder der dritten Welt mit der „Gruppe der 77" als Kern einen festen Block.

Sie nahmen zahlreiche Kontakte auf und begannen Verhandlungen über Probleme, die die Zerschlagung des alten Systems und die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung betreffen. Dadurch, daß sie die entscheidende Kraft im Verlauf dieser Sitzung waren, haben die Länder der dritten Welt diese Sondertagung zu einem weiteren Schritt voran zu ihrem Ziel gemacht.

Die Delegierten der erdölproduzierenden Länder von Irak, Kuweit, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar haben zum Ausdruck gebracht, daß sie einigen Entwicklungsländern helfen wollen, ihre Schwierigkeiten zu überwinden.

Es ist festzuhalten, daß die Delegierten der zweiten Welt von Frankreich, Italien, Kanada, Neuseeland, Australien, Finnland und der Schweiz in ihren Reden bestimmte Forderungen der Länder der dritten Welt unterstützt haben und für die Fortsetzung des Dialogs mit den Ländern der dritten Welt und für die Errichtung von Beziehungen mit ihnen eingetreten sind. Diese positive Haltung ist von seiten der Länder der dritten Welt begrüßt worden.

Das alte internationale Wirtschaftssystem ist zum Untergang verdammt und eine neue Wirtschaftsordnung wird im Sturm des antikolonialistischen, antiimperialistischen und antihegemonialen Kampfes das Tageslicht erblicken.

Kommentar

Auf der 7. UNO-Sondertagung ist Außenminister Genscher als Sprecher der westdeutschen Imperialisten im Unterschied zu anderen Vertretern von Staaten der 2. Welt offen gegen den gerechten Kampf der Länder der 3. Welt gegen die Kontrolle, Ausplünderung und Ausbeutung durch den Imperialismus und vor allem gegen die Supermächte, aufgetreten. In seiner Rede ist Genscher, trotz vieler Beteuerungen über „Zusammenarbeit" schnell zum Kern der Sache gekommen. „Die Weltwirtschaftsordnung", erklärt er, „hat die Aufgabe, die Arbeitsteilung zwischen über 150 Staaten zu koordinieren – souveränen Staaten mit unterschiedlichen Wirtschaftssystemen. Diese komplexe Aufgabe läßt sich allein mit Hilfe des marktwirtschaftlichen Lenkungsprinzips lösen. Es wäre eine gefährliche Utopie, sie durch internationalen Dirigismus lösen zu wollen." Und er behauptet auch, daß die gegenwärtige internationale Wirtschaftsordnung, so wie sie nach dem Krieg errichtet wurde, gut für alle gewesen sei und deshalb dürfe man sie auch nicht zerstören, sondern müsse auf ihr aufbauen.

Es liegt allerdings auf der Hand, daß die gegenwärtige Wirtschaftsordnung ein System der Ausbeutung und Ausplünderung der Entwicklungsländer durch den Imperialismus und vor allem die beiden Supermächte ist. Tatsache ist doch, daß die Entwicklungsländer in den vergangenen 30 Jahren immer ärmer geworden sind, die imperialistischen Staaten dagegen immer reicher. „Marktwirtschaftliches Lenkungsprinzip" heißt nichts anderes, als die Beherrschung der Märkte durch die Imperialisten, die Monopole und multinationalen Konzerne, Manipulation der Rohstoffpreise durch die Imperialisten, vor allem die beiden Supermächte. Genscher verteidigt die alte internationale Ausbeuterordnung mit Zähnen und Klauen. Die westdeutschen Imperialisten, obwohl selbst der Kontrolle und Einmischung durch die beiden Supermächte ausgesetzt, sind selbst an der Ausplünderung und Unterdrückung der Länder der 3. Welt beteiligt. Die westdeutschen Großbanken und Konzerne plündern die Reichtümer Südafrikas, der Sahara, Brasiliens und Portugals, um nur einige Beispiele zu nennen. Sie kämpfen gegen den Zusammenschluß der 3. Welt, verurteilen die Vereinigungen der rohstoffproduzierenden Länder und ihre Maßnahmen, um selbst über die Rohstoffpreise zu bestimmen, als „bürokratischen Dirigismus", lehnen kategorisch die berechtigte Erhöhung der Rohstoffpreise ab, um sich an den Reichtümern der Völker zu mästen. Das entspricht vollständig ihrer imperialistischen Natur, die Genscher so offen vor der UNO enthüllt hat.

Aber so sehr sie sich, in einer Reihe mit den beiden Supermächten, auch bemühen mögen, das Rad der Geschichte aufzuhalten, sie sind zum Scheitern verurteilt. **Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen die Revolution, in dieser unwiderstehlichen historischen Strömung wird die alte Welt des Imperialismus und des Sozialimperialismus untergehen.** Erst die proletarische Revolution in unserem Land wird ein Deutschland schaffen, in dem die ausländischen und deutschen Imperialisten verjagt sind, das ein Freund aller Völker der Welt sein wird – ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Die illegale KP Polens zum 31. Jahrestag der Befreiung Polens

Das polnische Volk hasst die sozialimperialistischen Besatzer

„Der Jahrestag der Befreiung Polens ist zum Jahrestag der Besetzung durch die Truppen des sowjetischen Sozialimperialismus geworden", ist der Titel eines Artikels der „Roten Fahne", des Zentralorgans der Kommunistischen Partei Polens, der Vorhutpartei der polnischen Arbeiterklasse, einer Partei, die in der tiefsten Illegalität arbeiten muß. Wir veröffentlichen im folgenden eine Zusammenfassung dieses Artikels, der aus Anlaß des 31. Jahrestages der Befreiung Polens vom Hitlerfaschismus am 22. Juli veröffentlicht wurde, wie sie von Radio Tirana am 3. 9. gesendet wurde.

Das polnische Volk, schreibt die Zeitung, sieht eindeutig und spürt aufs schmerzlichste, daß in Polen, trotz der 6 Millionen Toten für die Befreiung des Landes, wie zur Zeit der zaristischen Knechtschaft weiterhin die Besatzungstruppen stehen, daß Polen, obwohl es dem Anschein nach politische Freiheit genießt, in Wirklichkeit ein Staat mit begrenzter Souveränität, ein politisch, ökonomisch und militärisch vom sowjetischen Sozialimperialismus abhängiger Staat ist, ein Staat, dessen Kultur vom großrussischen Chauvinismus zensiert wird. Die Besetzung Polens durch den sowjetischen Sozialimperialismus ist eine unwiderlegbare Tatsache.

Ein Märchen erzählt, daß auch der erbärmlichste Hund, der frei lebt, nicht den Kettenhund beneidet und ihm traut, der wegen seines Halsbandes und seiner Kette gelobt wird. Der aufrechte, fortschrittliche und revolutionäre Teil der polnischen Gesellschaft hat sich niemals mit dem Verlust der Freiheit und der Spaltung des Volkes abgefunden. Ganze Generationen haben gekämpft, um das Joch der Knechtschaft abzuwerfen und das Volk zu vereinen. Auf diese Weise ist der gesamten Menschheit durch das Blut und die Gräber der Gefallenen



Zentralorgan der illegalen KP Polens

dokumentiert worden, daß das polnische Volk revolutionär ist und sich niemals mit dem auferzwungenen Sklavendasein abfindet. Diese revolutionäre Haltung ist auch der jungen Generation überliefert. Lediglich ein kleiner Teil der reaktionären und entarteten Gesellschaft, die Renegaten des Kommunismus, preisen die Kette und die Fesseln, das verräterische Leben im Dienst des Besatzers, gestern im Dienst der zaristischen Reaktion, heute im Dienst der sowjetischen Konterrevolution.

Gegenüber derartigen Verrätern zeigte Lenin die größte Verachtung. **Er sagte, daß ein Sklave, der die Stiefel seines Sklavenhalters leckt und zufrieden die Wunder des Lebens in der Sklaverei beschreibt und seinen guten und ordentlichen Herrn bewundert, ein Lakai, ein Quisling ist.** Es besteht kein Zweifel, daß die Anwesenheit der sowjetischen Truppen so lange Zeit nach Beendigung des Krieges im Widerspruch zu den Lebensinteressen des polnischen Volkes steht, daß e[s] nicht im Interesse des Friedens au[f] der Welt und noch viel weniger de[r] Revolution und des Sozialismus ist. **Das bedeutet praktisch und objektiv die militärische Unterwerfun[g] Polens und die Versklavung de[s] Volkes im Einklang mit den reak**

Fortsetzung auf Seite 11

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Ein grosser Verlust für die KP Kolumbiens/ML

Genosse Pedro Leon Arboleda in heldenhaftem Kampf gefallen

Ende Juli ist Genosse Pedro Leon Arboleda, erster Sekretär der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten, von den reaktionären Truppen des kolumbianischen Regimes ermordet worden, während er eine Parteiaufgabe in der kolumbianischen Kleinstadt Cali erfüllte.

Aus Pressemeldungen geht hervor, daß Genosse Pedro Leon Arboleda von Kräften der Regierungsarmee umzingelt wurde, die ihn aufforderten, sich lebend zu ergeben. **Genosse Arboleda kämpfte jedoch, von über 300 Soldaten eingekreist, allein weiter, bis er fiel.** Genosse Arboleda war ein konsequenter Kämpfer, der seinen Idealen bis zum Schluß die Treue hielt.

Die Ermordung des Genossen Pedro Leon Arboleda war nach der Ermordung des Begründers der Partei, Genossen Pedro Vasquez, im Jahre 1968 ein weiterer schwerer Verlust für die KP Kolumbiens/Marxisten-Leninisten, für die kolumbianischen Revolutionäre und Patrioten.

Die Unterdrückungs- und Willkürwelle, die in letzter Zeit in Kolumbien gegen die Kommunisten, die Revolutionäre und das kolumbianische Volk von Seiten der einheimischen Reaktion entfesselt wurde, ist ein Ausdruck der tiefen politischen und ökonomischen Krise, in der sich das Land windet, ein Ausdruck der ständigen Beunruhigung der reaktionären Kreise des Landes und des US-Imperialismus angesichts des zunehmenden Kampfes des Volkes und des von der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten geführten Partisanenkampfes.

Wir sind überzeugt davon, daß jetzt die aufrechten Kommunisten und alle kolumbianischen Revolutionäre und Patrioten ihre Reihen noch enger schließen werden und ihren Kampf gegen die einheimische Reaktion und die offene Intervention des amerikanischen Imperialismus sowie gegen die modernen Revisionisten noch mehr verstärken werden.

Sie werden sich in noch größerem Maße vereinigen und in enger Verbundenheit mit ihrem Volk immer tapfer vorwärtsschreiten bis zur vollständigen nationalen und sozialen Befreiung des tapferen kolumbianischen Volkes.

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten.

Liebe Genossen!

Mit tiefer Trauer hat unsere Partei erfahren, daß Genosse Pedro Leon Arboleda, Erster Sekretär der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten, im Kampf gefallen ist. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten spricht, im Namen unserer ganzen Partei, dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kolumbiens, allen kolumbianischen Kommunisten, Revolutionären und Patrioten sein tiefstes Beileid aus.

Genosse Arboleda gab sein Leben für den Sieg der kolumbianischen Revolution, für die Freiheit der kolumbianischen Nation und die soziale Befreiung des Volkes. Mit der Waffe in der Hand kämpfte Genosse Arboleda heldenmütig gegen eine Übermacht von dreihundert Soldaten des reaktionären Regimes, die ihn umzingelt hatten. Sein Tod ist für die Kommunistische Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten und für alle kolumbianischen Revolutionäre ein großer Verlust.

Die Kommunistische Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten hat in Kolumbien das Feuer des revolutionären Volkskrieges entzündet. Dieses Feuer, das sich bereits weit ausgebreitet hat, kann weder durch den reaktionären Terror noch durch die reaktionäre Gewalt erstickt werden. Unter der Führung ihrer Partei kämpfen die kolumbianischen Patrioten mutig gegen den amerikanischen Imperialismus, die innere Reaktion und gegen den modernen Revisionismus.

Wir sind überzeugt davon, daß sich für Genossen Arboleda, der im Kampf gefallen ist, neue Kämpfer erheben werden, daß das kolumbianische Volk, Welle auf Welle vorwärtsstürmend, den Sieg in der Revolution erringen wird.

Mit dem Gewehr wird der Sieg errungen!

Vor kurzem feierte das Volk von Namibia den 9. Jahrestag des Beginns des Kampfes gegen das kolonialistische Regime der südafrikanischen Rassisten, die Namibia widerrechtlich besetzt halten und das Volk grausam unterdrücken und versklaven.

In den vergangenen neun Jahren hat das Volk von Namibia unter der Führung der Volksorganisation Südwestafrikas (SWAPO), die den bewaffneten Kampf leitet, große Erfolge im Kampf gegen die verhaßten Rassisten und alle diejenigen, die sie unterstützten, gewonnen. Im Laufe dieser Zeit hat sich der bewaffnete Kampf immer mehr ausgedehnt. Im Norden, Nordwesten und Nordosten des Landes haben die Befreiungskämpfer im vergangenen Jahr die Feinde häufig angegriffen und ihnen große Verluste zugefügt. Und allein in den letzten drei Monaten haben die Befreiungsstreitkräfte ungefähr zweihundert feindliche Soldaten getötet und darüber hinaus dem Feind schweren Sachschaden zugefügt.

Im sogenannten Caprivizipfel zwischen Angola, Botswana und Sambia legten sie einer Rassistenstreife einen Hinterhalt und vernichteten sie vollständig. Ebenfalls in diesem Gebiet griffen die Freiheitskämpfer ein Militärlager und Polizeizentrum des Feindes an. Immer wieder hat das Vorsterregime versucht, den bewaffneten Kampf durch die Entsendung von „Strafexpeditionen" vor allem in den Norden, nach Ovamboland, durch noch größeren Terror zu unterdrükken. Aber alle diese Versuche sind vollständig fehlgeschlagen.

Im Gegenteil, in Zusammenhang mit der Ausweitung des bewaffneten Kampfes hat auch in den Städten die breite antirassistische und antikolonialistische Bewegung der werktätigen Massen einen neuen Aufschwung genommen. In Windhuk, Ondangua und Walfischbai sind machtvolle Kundgebungen gegen die Besetzung Namibias durch die südafrikanischen Rassisten, gegen die Apartheid und das verhaßte Kolonialjoch durchgeführt worden, wobei es zu Zusammenstößen mit der faschistischen Polizei kam. Aber der Terror der Polizei hat Abertausende von Arbeitern der Gold- und Steinkohlegruben nicht daran hindern können, den Kampf für ihre Rechte, für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen weiter zu führen.

Der gerechte Kampf des Volkes von Namibia für seine Freiheit wird von allen afrikanischen Staaten und Völkern, wie auch von allen freiheitsliebenden Völkern der ganzen Welt unterstützt. Eine Resolution der UNO fordert die sofortige Unabhängigkeit für das namibische Volk und anläßlich des neunten Jahrestages des bewaffneten Kampfes hat die Organisation der Afrikanischen Einheit dem Volk von Namibia und der SWAPO ihre volle Unterstützung für die Weiterführung des bewaffneten Kampfes versichert.

Die südafrikanischen Rassisten, die von den Völkern gehaßt werden, haben dagegen die Unterstützung der Imperialisten und darunter auch der westdeutschen Imperialisten. Gerade eben hat sich der Außenminister des Rassistenregimes Muller, in der Bundesrepublik aufgehalten. Ungeachtet der Worte, mit denen Außenminister Genscher aus diesem Anlaß die Politik der Apartheid verurteilte, sprechen die Taten der Bundesregierung eine andere Sprache. Sie unterhält in Windhuk ein Konsulat und erkennt damit die Oberherrschaft Südafrikas direkt an. Lobend konnte sich Muller vor der Presse über die Wirtschaftsbeziehungen äußern, und es ist auch kein Geheimnis, daß westdeutsche Waffen nach Südafrika geliefert werden. Die westdeutschen Imperialisten unterstützen das Rassistenregime, sie sind Feinde des Freiheitskampfes des Volkes von Namibia.

Angesichts der Ausdehnung des bewaffneten Kampfes und der Unterstützung in aller Welt für das Volk von Namibia, sieht sich das rassistische Regime gezwungen, betrügerische Manöver durchzuführen, um seine Herrschaft aufrechtzuerhalten. Aus diesem Grund hat es jetzt in Windhuk verschiedene Stammeshäuptlinge in einer sogenannten „Verfassungskonferenz" zusammengerufen.

Auf dieser Schwindelkonferenz, an der sich nur Marionetten beteiligen, propagiert das Regime erneut den Plan, „autonomer Gebiete der Schwarzen in einem einheitlichen Staat", der sogenannten Bantustans, die in Wirklichkeit Reservate für die afrikanische Bevölkerung sein sollen, um sie aufzuspalten und zu unterdrücken. Aber dieser Plan wird von dem Volk von Namibia und seiner Befreiungsorganisation SWAPO vollständig abgelehnt. Ihre Losung lautet: **„Die Sprache des Gewehrs ist die einzige Sprache, in der man mit dem Rassistenregime reden kann!"**

Das polnische Volk hasst die...

Fortsetzung von Seite 10

tionären Zielen der Expansionspolitik des sowjetischen Sozialimperialismus, der in Rivalität mit dem amerikanischen Imperialismus die Weltherrschaft anstrebt. Die Gierek-Clique rechtfertigt die militärische Besetzung Polens durch die Sowjetunion mit der „Notwendigkeit", den Staat gegen den westlichen Imperialismus zu sichern. Das ist einfach eine Lüge. Die Präsenz einer 50000 Mann starken russischen Besatzungsarmee in Polen zu Friedenszeiten ist völlig sinnlos. Der sogenannte „Atomschirm" des sowjetischen Sozialimperialismus wäre, wenn er die Interessen der Revolution und des Sozialismus wirklich verteidigen würde, auch wirkungsvoll ohne russische Divisionen in Polen. Außerdem ist Polen, wenn es wirklich um Fragen der Sicherheit in Friedenszeiten ginge, in der Lage, kurzfristig 50000 eigene Soldaten zu den Waffen zu rufen.

Die Truppen des sowjetischen Sozialimperialismus besetzen unser Land, betont „Rote Fahne", weil es weder in Polen noch in der Sowjetunion eine Diktatur des Proletariats gibt und der Sozialismus nicht aufgebaut wird. Die polnisch-sowjetischen Beziehungen werden von der bürgerlichen Politik der Stärke diktiert, wo der schwächere Kapitalist sich dem stärkeren unterwerfen muß. Die Politik eines jeden Imperialismus ist reaktionär. Daher kann auch jetzt bei den polnisch-sowjetischen Beziehungen nicht von irgendeinem demokratischen Gesetz der Gleichheit, der Unabhängigkeit oder der Souveränität Polens die Rede sein. Die sowjetrevisionistische Clique behandelt Polen bereits heute als Bestandteil der eigenen Metropole.



Genosse Karimirez Mijal im Gespräch mit Wang Hung-wen und Wu Gui-hsiän

Die Breschnew-Clique, die noch einen äußeren Schein der politischen Freiheit zuläßt, obwohl sie sich nicht vollständig auf die Regierung der Gierek-Clique verläßt, die von den Massen isoliert ist, die der polnischen Armee, ihren Soldaten, den Arbeitern und Bauern sowie einem Teil der Offiziere nicht traut, die noch nicht endgültig vom Volk isoliert sind, fürchtet sich vor allem vor den revolutionären Aktionen der Arbeiterklasse wie bei den Dezemberereignissen. Die sowjetischen Besatzungstruppen haben den Charakter einer Fremdenlegion in einem besiegten Land, sie verteidigen die Interessen des sowjetischen Sozialimperialismus in Polen wie in ihrer eigenen Provinz, deren politische Freiheit von einer Militärallianz vom Typ des aggressiven Warschauer Vertrages, dem Werkzeug der großrussischen Politik Moskaus begrenzt wird. Die sowjetische Clique redet viel über die „sozialistische Gemeinschaft" der Völker, über die „Wirtschaftsintegration" und die „Festigung der Einheit und der Solidarität" der Mitgliedsländer des Warschauer Vertrages und des RGW und die Gierek-Clique betet ihr nach. Doch was für eine „sozialistische Einheit" der Völker ist das, wo die Völker sich unter dem Besatzungsstiefel des russischen Sozialimperialismus befinden? Die revisionistischen Zaren, die Polen besetzt halten, haben die Sowjetunion in ein Völkergefängnis verwandelt. Sie versuchen das sowjetische Volk selbst an den Großmachtchauvinismus zu ketten. Kein Volk, das andere Völker unterdrückt, kann frei sein.

In seiner Analyse der Folgen der Revolution von 1848 sagte Engels: *„Ohne jedem Volk die Unabhängigkeit und Einheit wiederzugeben, kann weder die internationale Vereinigung des Proletariats, noch die ruhige vernünftige Zusammenarbeit dieser Völker im Namen gemeinsamer Ziele erreicht werden."* Polen ist heute ein kapitalistischer, mononationaler Staat. Es gibt daher keine Grundlage für nationale und Grenzstreitigkeiten. Es bestehen die objektiven Bedingungen, um die Einheit und die Solidarität der polnischen Arbeiterklasse mit der Arbeiterklasse all unserer Nachbarn zu festigen.

Das polnische Proletariat und seine Vorhut, die Kommunistische Partei Polens, schließt die Zeitung „Rote Fahne", wollen ihre revolutionären Verbindungen in erster Linie mit dem Proletariat aller Nachbarländer gegen die gemeinsamen Feinde, die einheimische und internationale Bourgeoisie sowie gegenüber den revisionistischen Agenten, vor allem gegen die imperialistische Kriegs- und Besatzungspolitik der beiden Supermächte, der Sowjetunion und den USA, verstärken.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38,5 Meter
Im Sommer	26,2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.



32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

10 Jahre autonomes Tibet

Tibets Grosser Sprung nach vorn

Vor zehn Jahren wurde das Autonome Gebiet Tibet proklamiert. Anläßlich dieses Jahrestages wollen wir einen kurzen Überblick über die Entwicklung Tibets geben.

An Chinas Südwestgrenze gelegen, befindet sich das Autonome Gebiet Tibet auf dem größten Plateau der Welt mit einer durchschnittlichen Höhe von 4000 Metern über dem Meeresspiegel. Der Hauptteil seiner Bewohner sind Menschen der tibetanischen Nation, die auf eine sehr lange Geschichte zurückblikken kann und zur Volksrepublik China gehört.

Das Leben der tibetanischen Bevölkerung in der Vergangenheit war unmenschlich hart. So hart, daß die Einwohnerzahl von Tibet, ohne das Gebiet Tschangdu, von 2 Millionen im 18. Jahrhundert auf 870 000 im Jahre 1959 sank.

Tibet wurde von drei Gewalten beherrscht, den Feudalherren, der Kasha (Lokalregierung) und den „großen Lamas", der hohen Geistlichkeit. Genaugenommen war das Land in der Hand von rund 300 Adelsfamilien, die das Volk aufs grausamste ausbeuteten und unterdrückten. Ihnen gehörte 70% des Landes – meist des besseren –, 30% bekamen die Leibeigenen zum Bebauen. Die Leibeigenen mußten auf den Ländereien der Adelsfamilien Frondienste leisten; sie mußten darüberhinaus an die Feudalherren und an die Lokalregierung nach einem so ausgeklügelten System Steuern entrichten, daß praktisch jede Familie auf Generationen hinaus hoch verschuldet war. Darüberhinaus mußte jede Familie, die mehr als drei Jungen hatte, einen davon ins Kloster schicken. Nicht etwa, um ihn dort religiös erziehen zu lassen, sondern wiederum zum Frondienst.

Wer sich auch nur im geringsten einer der drei Gewalten widersetzte, wurde grausam bestraft. Man kann sich heute im Revolutionsmuseum in Lhasa, der Hauptstadt Tibets, die Gesetzbücher und die Folterinstrumente ansehen, mit denen den Leibeigenen Ohren und Nasen abgeschnitten, die Augen ausgestochen oder ihnen die Haut bei lebendigem Leibe abgezogen wurde. Man kann dort auch Schalen und andere Geräte sehen, die sich die Feudalherren aus den Knochen ihrer Leibeigenen anfertigen ließen.

Es ist klar, daß es in einem solchen System keine ärztliche Versorgung und keine Bildung für das Volk gab. Ganz Tibet besaß eine einzige Schule, die die englischen Imperialisten dort für die Oberschicht eingerichtet hatten. Es ist auch klar, daß sich unter solchen Bedingungen die Wirtschaft und Landwirtschaft des Landes nicht entwickeln konnten. Der Haupterwerbszweig war die Viehzucht. Ackerbau wurde mit dem Holzpflug betrieben, angebaut wurde nur Tjingo-Gerste. Der Ertrag reichte bei weitem nicht aus, um den Bedarf der Bevölkerung zu decken. Ganz Tibet besaß keine einzige Fabrik.

So lebte das tibetanische Volk bis ins Jahr 1951, bis zum Tag seiner „friedlichen Befreiung" durch das chinesische Volk und seine Volksbefreiungsarmee.

Hatte die Volksrepublik China überhaupt das Recht, sich in die Angelegenheiten Tibets einzumischen? Diese Frage wird oft gestellt und die bürgerliche Presse behauptet immer wieder, Tibet habe ein Recht auf „Unabhängigkeit".

Die VR China hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich um Tibet zu kümmern, denn Tibet ist ein Teil Chinas. Das erste Dokument dafür stammt aus dem 7. Jahrhundert, als der damalige Kaiser von China seine Tochter mit dem damaligen Herrscher von Tibet vermählte. Zwar wurde immer wieder – später vor allem von den britischen und amerikanischen Imperialisten – versucht, die „Unabhängigkeit" Tibets herzustellen. Aber diese Versuche scheiterten.

Auch die „friedliche Befreiung" Tibets war nur möglich, weil die Tibetaner revolutionär und vaterlandsliebend waren, weil sie die Imperialisten haßten und die Einheit in ihrem chinesischen Vaterland von Herzen wünschten.

Tibet ist ein Teil Chinas. Aber es besitzt auch eine nationale Eigenständigkeit. Die Kommunistische Partei Chinas und die chinesische Regierung haben diese nationalen Besonderheiten immer respektiert und sind immer dafür eingetreten, daß Tibet in der großen chinesischen Völkerfamilie auf der Grundlage von Gleichberechtigung, Einheit, Brüderlichkeit und gegenseitiger Hilfe leben soll.

Nachdem Tibet 1951 „friedlich befreit" und die dortigen imperialistischen Kräfte vertrieben worden waren, wurde zwar die Errichtung eines Kommandos der Volksbefreiungsarmee in Lhasa beschlossen und die schrittweise Entwicklung der Wirtschaft und Kultur Tibets, aber die chinesische Regierung nahm keinerlei Eingriffe in das politische System Tibets vor, die bestehende Lokalregierung blieb im Amt. Ja, als sich zeigte, daß die reaktionäre Clique der oberen Gesellschaftsschichten sich der Durchführung des Abkommens über die „friedliche Befreiung" widersetzte, Unruhen anzettelten usw., erklärte Vorsitzender Mao Tsetung:

„Gemäß dem 17-Punkte-Abkommen zwischen der Zentralen Volksregierung und der örtlichen Regierung von Tibet wird auch dort die Umgestaltung des gesellschaftlichen System unbedingt durchgeführt werden, aber der Zeitpunkt dafür kann erst festgelegt werden, wenn die Mehrheit der Volksmassen und die führenden Persönlichkeiten Tibets es für möglich erachten, hierbei darf man nicht übereilt vorgehen."

Die Weisheit dieser Politik bewies sich im Jahre 1959. In diesem Jahr fühlte sich die Clique der Landesverräter stark genug, zettelte einen Aufstand und proklamierte die „Unabhängigkeit Tibets". Nach einem Kampf von nur wenigen Tagen allerdings war es mit diesem Wunschtraum der Imperialisten vorbei. Unterstützt von patriotischen Persönlichkeiten Tibets und von den breiten Massen wurde der Aufstand von der Volksbefreiungsarmee niedergeschlagen. Der Dalai Lama floh nach Indien, wo er bereits erwartet wurde.



In der Lhasaer Maschinen-Reperaturwerkstatt: Der weibliche tibetanische Techniker Tsaidandsuoga (links) berät mit einem Han-Arbeiter eine technische Frage.

Die Niederwerfung dieser Rebellion hatte große Bedeutung für die Entwicklung Tibets. Sie konsolidierte die Einheit des Vaterlandes und gab einen Anstoß für die schnellere Demokratisierung. Für die tibetanische Bevölkerung brach ein neues Leben an.

Die demokratische Reform ging in zwei Etappen vor sich. Zuerst wurde der Kampf geführt gegen die Fronarbeit, gegen die Sklaverei und die Verschuldung des Volkes. Ländereien, die den rebellischen Feudalherren und ihren Agenten gehörten wurden enteignet, die Richtlinie „Die Erträge denen, die das Land bebauen", durchgeführt. Danach wurde die Bodenverteilung vorgenommen. Die Produktionsmittel der rebellischen Feudalherren wurden beschlagnahmt und unter den armen Hirten und Bauern verteilt, während jene der nichtrebellischen Feudalherren von der Regierung aufgekauft und ebenfalls an die armen Bauern und Hirten verkauft wurden. Diese demokratischen Reformen waren 1961 abgeschlossen. **Tibet trat in eine neue Epoche, in die Epoche der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus ein.**

Drei Weisungen des Vorsitzenden Mao wiesen für die weitere Entwicklung Tibets den Weg. **„Organisieren!" – „Nur der Sozialismus kann China retten!" – „Volkskommunen sind gut!".** Nachdem sich zunächst im ganzen Land auf der Basis der Einzelwirtschaft Gruppen der gegenseitigen Hilfe bildeten, wurde bereits 1966 die erste Volkskommune gegründet, die Volkskommune Kesung. Es gibt in Tibet ein Sprichwort: „*Blumen blüben im Sonnenlicht und nur mit Flügeln kann der Adler fliegen. Die Volkskommune ist wirklich eine goldene Brücke, die uns zum Glück führt.*" Die Tatsachen zeigen, daß das stimmt. In Tibet, wo früher fast ausschließlich Tjingo-Gerste – und das mit niedrigem Ertrag angebaut wurde – werden heute die verschiedensten landwirtschaftlichen Erträge geerntet. Die Viehherden haben sich verdoppelt und verdreifacht

Gleichzeitig mit der Landwirtschaft wurde auch der Aufbau der Industrie angegangen. Tibet erhielt dabei große Unterstützung durch die anderen Provinzen Chinas. Teil dieser Unterstützung war, so schnell wie möglich, tibetanische Fachkräfte heranzubilden. Heute gibt es in Tibet, in dem man vor der Befreiung keine einzige Schraube und kein Streichholz herstellen konnte, über 200 Fabriken der verschiedensten Industriezweige.

Mit dem wirtschaftlichen Niveau wuchs auch das kulturelle Niveau des Landes. Bereits 1966 gab es 1 600 Grund- und 7 Mittelschulen in Tibet. An diesen Schulen werden von 32 Wochenstunden 28 in tibetanisch und 4 in Han (chinesisch) abgehalten. Sowohl die Zeitung, als auch das Radio und der tibetanische Volksverlag sind zweisprachig.

1965 wurde Tibet autonom. Diese Autonomie Tibets hat nie nur auf dem Papier gestanden, wie es heute bei den nationalen Minderheiten in der Sowjetunion der Fall ist. Die chinesische Regierung hat bewußt die tibetanische Kultur gefördert, wie die obengenannten Beispiele zeigen. Sie fördert die wirtschaftliche Autonomie. (Was die Landwirtschaft angeht, so kann sich Tibet seit 1974 selbst versorgen.) Teil dieser Maßnahmen sind die Preissteigerungen für Produkte, die der chinesische Staat in Tibet kauft, und die Preissenkungen für Gebrauchsgüter für die tibetanische Bevölkerung. So hat der Staat seine Kaufpreise zwischen 30 und 200% erhöht, die Preise für Gebrauchsgüter sind um 30% bis 75% gesenkt worden. Und sie trägt dafür Sorge, daß tibetanische Kader erzogen werden, die in der Lage sind, ihre Landsleute auf wirtschaftlichem, kulturellem und politischem Gebiet zu führen. So hat Tibet heute 27 000 Kader aus dem Land. Das sind 70% aller Funktionäre in Tibet. Nahezu alle Mitglieder der Parteikomitees auf unterer Ebene und die Hälfte der Mitglieder der Parteikomitees auf regionaler Ebene sind in Tibet tibetanischer Nationalität. Gleichzeitig übernehmen Angehörige der tibetanischen Nationalität große Verantwortung für das gesamte chinesische Volk. So sind unter anderem im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas zwei Angehörige tibetanischer Nationalität, im Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses einer.

Die Tibeter haben diese Erfolge erringen können, weil sie revolutionär und vaterlandsliebend sind. Sie sind innerhalb von 20 Jahren von Leibeigenen zu Herren des Landes geworden, weil sie die Herrschaft der Feudalherren und die ausländischen Imperialisten stürzten und die Diktatur des Proletariats errichteten, weil sie, der politischen Linie des Vorsitzenden Mao folgend, am Klassenkampf unter der Diktatur des Proletariats festhielten und die Errungenschaften des Sozialismus gegen revisionistische Angriffe verteidigten.

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26
hiermit bestelle ich

ROTER MORGEN

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte
Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname.................................

Beruf.................................

Postleitzahl/Ort.................................

Straße.................................
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.............. Unterschrift.................................

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen. 39/75

Parteibüros der KPD/ML

Zentrales Büro und Landesverband (LV) NRW
Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

LV Wasserkante
Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/ 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen
Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511/ 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest
Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg
Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

LV Bayern
München 2, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin
Wedding (65), Buchladen „Roter Morgen", Scharerstr. 10. Tel.: 030 / 46 52 807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo., Do. und Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17.30-19, Sa. 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-19, Sa. 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30 Sa. 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b, Öffnungszeiten: Di. und Do. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bremer Platz 16, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 11-14 Uhr.

Veranstaltung der KPD/ML

DORTMUND

Die meistverbotene Zeitung:

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

1. 10. 1975, 19 Uhr, Dortmund-Barop, Stockumer Str. 241, „Parkhaus Barop"



Zu bestellen bei:
**Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49**